

MIT ALLERHÖCHSTER BEWILLIGUNG.



Breslauer

Zeitung.

Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

Nº 8.

Freitag den 10. Januar

1845.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 3 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik“ ausgegeben. Inhalt: 1) Uebersicht. 2) Landes-Polizeiverwaltung 3) Breve oder Cabinets-Schreien Seiner Päpstlichen Heiligkeit an des Herrn General-Feldmarschalls Grafen von Daun Excellenz bey Uebersendung des Gewehretaten Degens. 4) Correspondenz aus Löwenberg, Goldberg, Glogau, Strehlen, Gleiwitz. 5) Berichtigung. 6) Abwehr.

Inland.

Berlin, 7. Januar. Se. Majestät der König haben Allernächst geruht, dem Regierungs-Sekretair Prok. in Potsdam den Rothen Adlerorden vierter Classe; so wie dem Musketier Kehlert vom 5. Infanterie-Regiment die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; und den bisherigen Land- und Stadtgerichtsrath Meier zum Rath bei dem Ober-Landesgerichte in Magdeburg zu ernennen. — Dem Kaufmann August Constant Faubelle zu Berlin ist unter dem 2. Januar 1845 ein Patent auf eine Einrichtung der Kutschwagen, wodurch dieselben gegen das Umwerfen gesichert werden sollen, soweit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist, ohne jemand in der Anwendung bekannter Einrichtungen zu demselben Zwecke zu behindern, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umsang des preußischen Staates ertheilt worden.

Se. kaiserl. Hoheit der Herzog von Leuchtenberg ist nach St. Petersburg abgereist.

Angekommen: Der Generalmajor und Commandeur der 7. Landwehrbrigade, von Voß, von Frankfurt a. d. O. Der Vice-Ober-Jägermeister, Graf von der Asseburg, von Meisdorf.

— Berlin, 7. Januar. Unsere Stadt befindet sich in diesem Augenblick in einer Art von Hazard-Aufregung. Die Gewinnlisten der Gewerbeausstellung sind seit dem 2. Januar ausgegeben und bilden den fast ausschließlichen Gegenstand aller Unterhaltung. Gestern morgen kämpften die Gewinnlustigen unter Arm- und Beingefahr müderhaft vor den Bureau's des Zeughauses, um die Auslieferung ihrer Gewinne zu bewirken, und dieser Kampf verspricht noch vierzehn Tage fortzudauern. Se. Maj. der König hat auch 500 Poose circa für 300 Rthl. an Werth gewonnen und diese Gewinne am Christabend mit zum Aufbau verwandt. Höchstderselbe hatte eine eigne Ordre erlassen, um das Komité vor der Zeit zur Auslieferung der Gewinne zu veranlassen. Das übrigens mit den Resultaten der Ausstellung jetzt alle Welt unzufrieden ist, versteht sich von selbst, und war bei dem ganzen beobachteten Verfahren unschwer vorher zu sehen. Man ist sehr gespannt darauf, bei der endlichen Rechnungslegung die Prinzipien zu erfahren, nach welchen der Einkauf der Gewinne vorgenommen ward. Nach den Listen zu urtheilen, scheint man sich einem ziemlich regellosen Belieben überlassen zu haben, wobei später doch wieder die Rücksicht auf recht zahlreiche Gewinne vorgewalzt haben mag. Diese sind aber eben deshalb nicht selten so werthlos geworden, daß sie einer Niemand gleich kommen, wie z. B. 1 Pf. künstlicher Wachslichte, ein Aschbecher, eine Damenkravatte, ein Stück Seife u. s. w. Solcher Gewinne gibt es aber jedesmal in die Hunderte, so daß man gewiß besser gehan hätte, statt ihrer, wenn auch geringere Zahlen, doch bessere Quantitäten zu sezen. Vielleicht hätte man zu dem Ende auch an den Hauptgewinnen sparen können, die wieder ins andere Extrem verschlagen. Nicht minder empfindet man es sehr übel, daß die Gewinnlisten 20 Sgr. kosten und ein „Eingesandt“ in der Voßchen will wissen, wem dies Geld zu gute kommt, da die Gewinnlisten der Klassen-Lotterie nur 2 Sgr. kosteten. Das Verloosungs-Comité hat noch eine Rettung, wenn es nachweist, daß es bei seinen Einkäufen besonders auf Ermunterung der Industrie Rücksicht nahm. Gelingt aber auch dieser Beweis nicht, dann fürchte es die kritische Natur der Berliner! — Man spricht seit einigen Tagen davon, daß

der Geheimerath v. Viebahn, der kürzlich erst zum Geheimen Ober-Finanzrath ernannt ward, dazu bestimmt sei, das Ober-Präsidium der Provinz Westphalen an des geschiedenen Hrn. v. Vinke Stelle zu übernehmen. Hr. v. Viebahn, einer der verdienstvollsten Beamten des Finanz-Ministeriums, ist bekanntlich in neuerer Zeit, als Vorsitzender der Commission für die hiesige Gewerbe-Ausstellung sehr viel genannt worden. Er ist ein geborner Sachse und war, wenn wir nicht irren, dem verstorbenen, so einflussreichen Geheimerath Bitter verschwägert. — Es hat Aufsehen erregt, daß der Vorstand des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen in diesem Monat nicht die statutenmäßig auf den 2. Januar fallende öffentliche Sitzung mit dem Ausschluß abgehalten hat. Man erfährt jetzt, daß dieselbe ausgesetzt sei, weil die allerhöchste Bestätigung der Statuten noch fehle, bis zu welcher man nicht habe handeln aufstreten wollen. Es wäre indeß wohl um so mehr Schuldigkeit gewesen, dies öffentlich bekannt zu machen, als ja der Vorstand sich an der Einziehung der Gelder durch die erwartete Bestätigung der Statuten keineswegs hat hindern lassen. — Privatnachrichten, welche man hier aus Holstein hat, stellen die Herzogthümer als in einer tiefen Gährung begriffen dar. Der bekannte Ussing'sche Antrag auf volle staatsrechtliche Vereinigung von Holstein, Lauenburg und Schleswig mit Dänemark hat mit einem Male selbst die Indifferenteren zum Widerstande geweckt. Sehr kompetente Stimmen stellen es nach den neuesten Symptomen als eine absolute Unmöglichkeit dar, daß die dänische Propaganda jemals ihre Absicht erreicht; wohl aber stehen die äußersten Kämpfe in Aussicht, wenn nicht auswärtige Vermittelungen dazwischen treten. Hierzu dürfte jedenfalls das gesammte deutsche Vaterland und in demselben Preußen die nächste Veranlassung haben. Es will uns aber leider bedenken, als ob man die unermessliche Wichtigkeit jenes deutschen Nordens für unsere politischen und materiellen Verhältnisse und folgewise die eigentliche Bedeutung des nationalen Kampfs der Herzogthümer viel zu wenig in Anschlag brächte.

** Berlin, 7. Januar. Gestern war bei Ihrer Majestät der Königin große Cour, zu welcher alle hier anwesenden courfähigen Personen eingeladen waren. Vorher fand bei dem englischen Gesandten, Grafen von Westmoreland, dem einzigen der hiesigen Gesandten, welcher in der That ein Haus macht, für die haute volé ein sehr zahlreich besuchtes Diner statt. — Se. Majestät der König wird sich am 9. d. M. mit einem sehr kleinen Gefolge nach Neu-Strelitz zu einem Besuch des Großherzogs von Mecklenburg begeben, und dort vier Tage weilen. — Die in ärztlichen Zirkeln courstrenden Gerüchte über das Besinden des Staatsministers Rother lauten sehr betrübend und gewähren geringe Hoffnung, daß dieser ausgezeichnete Staatsdienner die Führung der ihm anvertrauten Geschäfte wieder übernehmen können. — Unsere heutigen Zeitungen enthalten die Nachricht von der Entbindung einer hiesigen Goldarbeiterfrau von Vierlingen. Eins dieser Kinder ist gestorben, drei dagegen, ein Knabe und zwei Mädchen, befinden sich vollkommen wohl. Dieselbe Frau hat schon zweimal Zwillinge glücklich geboren. — Der Maler Gudin aus Paris befindet sich noch hier und wird selbst von Allerhöchsten Personen mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt. Wir hatten vor einigen Tagen Gelegenheit, ein kleines Seebild von Gudin zu sehen, welches in wenigen Stunden gemalt und mit 2400 Fr. bezahlt worden war. — Heute erzählt

man sich, daß die zum Lion des Tages gewordene Sängerin Jenny Lind unter ganz exorbitanten Bedingungen ein Engagement nach London angenommen habe. — Die baulichen Einrichtungen und die Dekoration des weißen Saales im königl. Schlosse sind jetzt beendigt, und es werden bereits die Meubles gestellt. Indessen wird dieser große Raum kaum die Zahl der Personen fassen, welche am 19. d. M. mit neuen Dekorationen begnadigt werden dürfen, da eine ganz ungewöhnlich zahlreiche Ordensverleihung bevorsteht. — Später wird der König der Stadt Berlin in diesen neu dekorierten Räumen einen glänzenden Maskenball geben.

* Berlin, 7. Jan. In der Freimaurer-Loge zu den drei Weltkugeln wurde der gestrige Tag von den Brüdern höherer Grade besonders würdig begangen. Der Prinz von Preußen nahm zum erstenmal seit seinem Amtbruch wieder an einem Freimaurerfest teil. — An des Grafen v. Seckendorff Stelle als Gesandten in Hannover designirt man bereits den Nachfolger. Unser Gesandter in Hannover ist bekanntlich in dieser Eigenschaft zugleich bei dem Großherzoglich Oldenburgischen, Herzoglich Braunschweigischen und Fürstlich Schaumburg-Lippischen Hofe accredited. — Seit gestern werden die hier im Zeughause aufgestellten Gevinne verabfolgt, welche in der Gewerbe-Lotterie gezogen worden sind. Die Medaillen werden erst den 16. d. M. vertheilt. Die Anfertigung dieser Medaillen hat 15,000 Rthl. Kosten verursacht, so daß jede Medaille ungefähr auf 6 gGr. zu stehen kommt. — Heute trat hier ein Edelmann seine achtwöchentliche Gefängnis-Strafe an, weil er einen Nachtwächter thätslich insuliert hatte. Aus besonders milderen Gründen ist der selbe zu einer so geringen Strafe condamniert worden, da er sonst wenigstens 6 Monate Festungsarrest erlitte hätte. Die von ihm nachgesuchte Gnade wurde verweigert. — Der Gustos für das Fach der Musik bei der hiesigen königl. Bibliothek, Herr Dehn, hat nun auch die bei der Leitung der Kirchenmusik bisher von dem Musik-Direktor Grell bekleidete Stelle erhalten. — Das gestern, am heiligen Dreikönigsfest, im Krollschen Etablissement zuerst öffentlich veranstaltete Bohnenfest hatte eine Anzahl Herren und Damen versammelt. Bohnenkönigin wurde eine ältere Dame, welcher von den Anwesenden ein lautes Vibat unter Musikbegleitung gebracht wurde. Dieselbe erhielt außerdem eine kostbare Blumen-Vase nebst einer Rosenkrone zum Geschenk.

Es ist hier gegenwärtig eine von Frauen ausgegangene und auch nur von diesen zu unterzeichnende Dank-Adresse an Johannes Nonne in Umlauf. Gleichzeitig wird eine Sammlung zu einem Ehrenbecher veranstaltet, welche dem mutigen Kämpfer für Wahrheit und Licht übergeben werden soll. (Spen. 3.)

Als ein Beitrag zu den gegenwärtig im Schwange seindenden kirchlichen Fragen mag folgende, früher schon theilweise in diesen Blättern erörterte Thatsache dienen. Ein hiesiger, auch noch in einem Dienstverhältnisse stehender Handschuhmacher, durch ein rechtskräftiges Erkenntniß eines neuwärtigen königl. Untergerichts nach dem früheren Verfahren von seiner Ehegattin geschieden, wollte sich zum zweiten Mal mit einer gleichfalls geschiedenen Frau verheirathen. Den durch

das Landesgesetz gestellten Bedingungen (daß sich der Mann nämlich frühestens sechs Wochen, die Frau dagegen neun Monate nach Beschreitung der Rechtskraft wieder verehelichen dürfe), war genügt, und so suchte denn das Brautpaar das Aufgebot und die Trauung nach. Die Braut gehörte zu der Parochie des Consistorialraths und Pastors zu St. Elisabeth, Licentiaten D. v. Gerlach, folglich stand diesem Geistlichen nach den Gesetzen das Aufgebot und die Trauung zu. Beide Akte wurden indeß von ihm verweigert, weil, wie er sagte, es gegen sein Gewissen wäre, solche von der Kirche gemäßbilligte Ehen nieder einzusegnen. Kein Bitten half, auch das Vorstellen, daß die beiden Eheleute bereits zusammen wohnten, die Frau sich sogar schwanger befände, fruchtete nicht. Der Bräutigam wendete sich an den Superintendenten, doch dieser erklärte ihm, er könne darin gar nichts thun, sondern nur den Weg der Beschwerde an das vorgesetzte Consistorium der Provinz in Aussicht stellen. Hr. v. Gerlach bescheinigte sogar, daß sich die Brautleute bei ihm gemeldet, er aber das Aufgebot nicht vornehmen zu können glaube. Der Betroffene wendete sich nun auch an das Gericht, welches die Scheidung ausgesprochen, doch dieses konnte nur den Bescheid geben, er sei auf Grund der auch angeführten Gesetzesstellen geschieden, und es könne von Gerichten wegen nichts weiter für ihn geschehen. Nun wurde bei dem Consistorium Beschwerde erhoben, von wo nach längerer Zeit der Bescheid erfolgte, es stände der Wiederverheirathung nichts entgegen. Nach weitern, immer mit Zeitverlust verkaupften Unterhandlungen entschloß sich Hr. v. Gerlach, das dreimalige Aufgebot in seiner Kirche geschehen zu lassen; es erfolgte kein Einspruch. Als aber derselbe Geistliche um die Trauung ersucht wurde, lehnte er es abermals ab, bedauerte den Aufenthalt, gab aber wieder seine Gewissensscrupel als Grund der Verweigerung an, bescheinigte dagegen das gehörig erfolgte Aufgebot. Der Bräutigam wendete sich nun mehr an den Superintendenten, von dem er die Erklärung erhielt, daß er ihn nicht trauen möge, er solle sich einmal an den Prediger B. von der J. Kirche wenden. Aber auch dort wurde ihm nicht gewillfahrt, dergestalt, daß die Sache noch einmal an das Consistorium ging, wo denn mehrere Eingaben und persönlichen Bitten bei dem Präsidenten ungeachtet ein Bescheid nicht erfolgte. Der Betroffene wendete sich nun beschwerend an die höhere Instanz, das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten. Dasselbe rescribte, nachdem es zuvor eine zweite Bittschrift erhalten, die Sache sei an das Consistorium abgegeben, und dasselbe werde den Bescheid ertheilen. Doch lange Zeit verging, und erst in diesen Tagen erfolgte der Bescheid, das Consistorium habe die Sache wiederum an das Ministerium zurückgegeben. So steht diese Angelegenheit, durch welche ein Concubinat verlängert wird, und es ist wohl von dem Nachsuchen des ersten Aufgebots bis heute über ein Jahr verflossen. Dieser Vorfall gibt zu der Frage Anlaß, was wohl aus dem Einsegnen derartiger zweiter Ehen werden würde, falls alle evangelische Geistliche wie Hr. Lic. v. Gerlach dächten? (D. A. Z.)

Posen, 3. Jan. Die neue katholische Gemeinde zu Schneidemühl, der besonders aus den nördlichen, fast nur von Deutschen bewohnten Theilen der Provinz so reichliche Unterstützungen zugeslossen sind, daß sie den Bau eines besondern Gotteshauses im Frühjahr begonnen wird, dürfte, wie es scheint, nicht mehr lange vergeblich auf die Anerkennung des Staats warten.

(D. A. Z.)

Insterburg, 6. Januar. Am 3. Jan. früh traf der Herr Oberpräsident Bötticher von seiner Reise nach Gumbinnen hier ein und nahm Veranlassung den hiesigen Magistrat und die Stadtverordneten zu einer Versammlung konvoiren zu lassen, um in Erfahrung zu bringen, ob von den genannten beiden Körperschaften, so wie überhaupt von dem größten Theil der hiesigen Einwohner die Einführung der Klassensteuer gewünscht wird. Beinahe einstimmig wurde nun der Wunsch für Einführung der Klassensteuer in Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer verlautbart und auch darauf hingewiesen, daß der größte Theil der Einwohner für die Einführung dieser Steuer stimmen würde, da eine Bittschrift, welche dem Herrn Minister Flottwell im vergangenen Sommer überreicht wurde und sich eben für Einführung der Klassensteuer aussprach, innerhalb 5 Stunden circa 400 Unterschriften aller Einwohnerklassen zählte. Der Herr Oberpräsident überzeugte sich demnach von dem fast allgemeinen Wunsche und ertheilte die Zusicherung zur Einführung der genannten Steuer. (Königsb. Z.)

Köln, 4. Januar. Nach rheinischen Blättern würde Herr von Bodelschwingh, welcher aus Westphalen gebürtig ist, zum Ober-Präsidenten in unserer Provinz ernannt werden. Die Stadtverordneten in Hamm haben sich einstimmig für die Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer ausgesprochen und werden deshalb höheren Orts die nötigen Schritte thun. (Köln. Z.)

Bonn, 3. Jan. Ein bedauerlicher Vorfall, der sich gestern hier ereignete, bildet heute das allgemeine Stadtgespräch. Bekanntlich haben sich auch in der hiesigen Studentenwelt schon seit dem verflossenen Sommer viele Studirende von dem Unfug des Corpswesen losgesagt und zeitgemäße Reformen unter sich eingeführt. Seitdem haben die wenigen übrig gebliebenen Anhänger jener mittelalterlichen Verbindungen, die sogenannten „Corpsburschen“, ihrem Unwillen gegen alle die, welche sich von ihnen getrennt haben und namentlich gegen einen sehr achtungswerten jungen Mann, der als erster Urheber jener vernünftigen Reformen bezeichnet wird, bei jeder Gelegenheit, die sich ihnen darbot, und nicht immer auf die nobelste Weise Lust gemacht. Der erwähnte junge Mann wurde nun gestern bei hellem Tage von mehreren der genannten „Burschen“ auf öffentlicher Straße angefallen und dergestalt gemühanbelt, daß er, wie man hört, genötigt ist, ärztliche Hilfe zu gebrauchen. Der am meisten bei dieser Misshandlung Gravirte war ein Referendar aus hiesiger Gegend, der früher in einem der bezeichneten Corps war, sich seit einigen Tagen hier befand, und der bereits das Amt eines Landrathes provisorisch versieht. Die Sache ist wegen der verschiedenen Fora der Angeklagten einestheils bei der hiesigen Universitätsbehörde, sodann bei den gewöhnlichen Gerichten anhängig gemacht worden und wird wahrscheinlich binnen Kurzem vor dem königl. Landgerichte in Köln zur richterlichen Entscheidung kommen. (Köln. Z.)

Die Verantwortlichkeit der Schriftsteller für die in deutschen Bundesstaaten censirten Schriften.*)

Eine Frage im Gebiete der Schriftstellerei
und des Buchhandels.

Erster Artikel.

(Börsen-Nachrichten der Ostsee.)

Der Bundestags-Beschluß vom 20. Septbr. 1819 hat in Preußen durch die Verordnung vom 18. Oktbr. 1819 Gültigkeit erlangt, und es sind nur für die in Preußen erscheinenden Druckschriften Bedingungen und Cautelen hinzugefügt worden. Allerdings schützt diese Censur nur die Rechte des Staats, und daher kann der Einzelne noch immer Rechenschaft von dem Schriftsteller fordern, aber die Staaten, worin Censur eingesetzt ist, begaben sich dieses Rechts, indem sie sich zum Hüter gegen gesetzwidrige Handlungen machten.

Hiergegen wendet man für gewöhnlich ein, daß der Verfasser, ungeachtet der Censur, nach dem Edikte vom 18. Oktbr. 1819 für den Inhalt seiner Schrift verantwortlich bleibt, und dieser Rechtsgrundzatz ist auch von dem königl. Kammergericht in der Untersuchungssache wider den Freiherrn von Almendingen (Hizig's Zeitschrift, Bd. XII., S. 268) anerkannt worden; allein derselbe läßt sich keineswegs aus diesem Edikte entnehmen. In diesem Edikt wird nur in zwei Artikeln, nämlich Artikel XIII. und XVI., von der Verantwortlichkeit des Verfassers gesprochen. In dem Art. XIII. wird bestimmt:

„Der Buchdrucker und Verleger, welcher die in gegenwärtigem Geseze bestimmte Vorschrift befolgt und die Genehmigung zum Abdruck der Schrift erhalten hat, wird von aller ferneren Verantwortlichkeit wegen ihres Inhalts völlig frei ic. Dem Verfasser kann in keinem Falle eine gleichmäßige, vollständige Befreiung von Verantwortlichkeit zu statthen.“

*) Dieser, so wie ein nächstens folgender zweiter Artikel sind beide aus der Vertheidigungsschrift für den Buchhändler Pelz entnommen. Der Defensor wurde von mehreren Seiten zur Veröffentlichung der Vertheidigungsschrift aufgefordert, hat jedoch diesen Aufruf nicht genügen können, weil er sich nicht für berechtigt hielt, den Inhalt der ihm vom Gerichte anvertrauten Akten zu veröffentlichen. Sowohl existiert kein Gesetz, welches eine solche Veröffentlichung verbietet, aber dieselbe würde, aller Wahrscheinlichkeit nach — und wohl auch nicht mit Unrecht — die Folge haben, daß den Advokaten zum Nachteil der Defendenden die Vergünstigung entzogen würde, die gerichtlichen Akten nach Hause zur Durchsicht zu erhalten. Aus diesem Grunde hielt sich der Defensor für verpflichtet, seine Vertheidigung, in so weit sie faktische Verhältnisse betrifft, nicht zu veröffentlichen. Dagegen wird ihm gewiß nicht das Recht bestritten werden, die rein rechtliche Beurtheilung, als sein alleiniges geistiges Eigentum, abdrucken zu lassen; von diesem Rechte macht er hiermit Gebrauch. (Börs.-N.)

kommen, sondern, wenn es sich finden sollte, daß er des Censors Aufmerksamkeit zu hintergehen (z. B. durch eingestreute strafwürdige Unspielungen oder Zweideutigkeiten, deren beabsichtigter Sinn dem Censor verborgen bleiben könnte) oder sonst durch unzulässige Mittel die Erlaubnis zum Druck zu erschleichen gewußt habe, so bleibt er deshalb, besonders bei einzelnen, in einem weitläufigen Werke vorkommenden unerlaubten Stellen nach wie vor verantwortlich.“

Der Verfasser einer censirten Schrift soll also nach dieser Verordnung nur dann, dem Staate gegenüber, verantwortlich sein, wenn er

- des Censors Aufmerksamkeit hintergegangen, oder
- durch unzulässige Mittel die Erlaubnis zum Druck erschlichen hat.

Beide Fälle sind hier nicht eingetreten, und die Hintergehung der Aufmerksamkeit des Censors kann auch im vorliegenden Falle um so weniger angenommen werden, als die Schriften des Angeklagten nur aus wenigen Bogen bestehen.

Außerdem verordnet dieser Artikel nur noch, daß der Verfasser (wie es sich von selbst versteht), gegenüber von dritten Personen, verantwortlich bleibt. Wäre der Verfasser in allen Fällen verantwortlich, dann hätte es dieser Schlussbestimmung nicht bedürft.

Was den Artikel XVI. betrifft, so handelt derselbe von solchen Schriften, welche gegen die Vorschriften der Censur gedruckt sind. In Nr. 1 wird bestimmt, daß jeder Buchdrucker, welcher die Censur-Vorschriften verletzt, polizeilich zu strafen ist. In Nr. 2 heißt es: „Ist der Inhalt einer solchen Schrift an sich strafbar, so treten außerdem gesetzliche richterliche Strafen ein ic.“

Nr. 3 bestimmt:

„Für den Inhalt der Schrift ist zunächst der Verfasser, wenn aber der Verleger diesen unseren Gerichten nicht stellen kann oder will, auch der Verleger verantwortlich.“

In diesem Artikel wird also offenbar nur von solchen Schriften gesprochen, welche gegen die Vorschriften der Censur erschienen sind, und derselbe findet nicht auf diejenigen Schriften Anwendung, welche den Censurvorschriften unterworfen worden sind.

Nach dem Geseze vom 18. Oktober 1819 ist daher der Schriftsteller, welcher den Censurvorschriften genügt, die Erlaubnis zum Druck nicht erschlichen und die Aufmerksamkeit des Censors nicht getäuscht hat, von jeder Verantwortlichkeit befreit.

Diese Befreiung von Verantwortlichkeit ist auch die natürliche Folge der Censur. Der Staat stellt ja deshalb Beamte an, damit diese jeden Angriff gegen die Regierung und Verwaltung abwehren und verhindern. Finden dieselben keinen Angriff, welcher Missvergnügen und Unzufriedenheit erregen könnte, dann kann auch dem Schriftsteller nicht zugemuthet werden, daß er seine Worte als Beleidigung und Angriff gegen den Staat erachten sollte. Vielfach sind die Worte auszulegen, und die Auslegung hängt von der Eigenthümlichkeit des Zeit, des Orts, der Richter, ja selbst von der politischen Gesinnung ab. So erschienen z. B. die bekannten „vier Fragen“ dem königl. Kammergerichte in erster Instanz höchst strafbar, während in zweiter Instanz vollständige Freisprechung erfolgte. Der Schriftsteller kann daher nie wissen, was dem Gerichte erlaubt, was strafbar erscheinen wird. Wo Pressefreiheit ist, da muß er es allerdings auf die Ansicht der Richter oder Geschworenen ankommen lassen. Anders wo Censurgesetze herrschen und wo der Censor die Worte und den Sinn der Schrift erwägt. Hier kann und darf sich der Schriftsteller auf den Censor verlassen. Derselbe ist ja als Sachverständiger angestellt, um jeden Angriff, jede Verleugnung des Staates zu verhindern und wenn der Censor keinen solchen Angriff findet, dann ist auch durch sein Imprimatur der Verfasser von jeder Verantwortlichkeit befreit.

Dies sind die Rechtsgrundzäsuren in Preußen, welche für die baselbst gedruckten Schriften gelten. Gleiche findet nun aber auch in Bezug auf die in Deutschland erschienenen deutschen Schriften statt. Schon die Bundesakte vom 8. Juni 1815 verordnet im Art. XVIII. Nr. 4:

Die Bundesversammlung wied sich mit Auffassung gleichförmiger Verfügungen über die Pressefreiheit beschäftigen; und in dem Bundestags-Beschluß vom 20. Septbr. 1819 wurde bestimmt, daß die deutschen Schriften unter deutscher Censur, gleichviel unter welcher, erscheinen und die Bundesstaaten die Verantwortlichkeit für die, unter ihrer Oberaufsicht gedruckten Schriften übernehmen solten. Dieser Bundestags-Beschluß hat für Preußen durch das Geseze vom 18. Oktober 1819 Gültigkeit erlangt und somit ist denn auch von Preußen die Censur der anderen deutschen Staaten als vollständig und genügend anerkannt worden; dagegen wurden aber diejenigen deutschen Bücher, welche außerhalb der deutschen Staaten oder gegen die Vorschriften der Censur gedruckt wurden, als ungesehlich erachtet.

Der Bundestags-Beschluß vom 20. September 1819 und das Geseze vom 18. Oktober 1819 legten daher den deutschen Schriftstellern nicht bloß Ver-

pflichtungen auf, sondern sie gaben ihnen auch Rechte, nemlich die Rechte der Unverantwortlichkeit, wenn sie den Vorschriften, nach welchen die deutschen Schriften verlegt und gedruckt werden sollten, Genüge leisteten. Diese Rechte würden verloren sein, wenn der in den deutschen Staaten wohnende Staatsbürger, ungeachtet der Besiegung der Censurvorschriften, zur Verantwortlichkeit gezogen werden könnte, und wenn die in einem deutschen Bundesstaate erfolgte Censur nicht auch von jeder Verantwortlichkeit in den anderen Bundesstaaten befreien möchte.

Zum ersten Male, seit Preußens König die geistige Einheit Deutschlands, unter dem Jubel des deutschen Volkes, in Königsberg, Berlin und Köln verkündet hat, zum ersten Male wird seit jenen für Preußen so merkwürdigen Tagen ein preußischer Gerichtshof entscheiden, ob die deutschen Bundesstags-Gesetze auch für uns gültig, ob wir durch dieselben nicht blos Verpflichtungen, sondern auch Rechte erhalten haben, und ob also deutsche Schriftsteller, welche mit Bewilligung deutscher Censurbehörden drucken lassen, von jeder Verantwortlichkeit befreit sind? Geführt auf die Bundesakte, auf den Bundesstags-Beschluß vom 20. September 1819 und die Verordnung für Preußen vom 18. Oktober 1819 beantrage ich daher: Den Angeklagten wegen der ihm zur Last gelegten Stellen aus den mit deutscher Censur-Erlaubnis erschienenen Schriften völlig freizusprechen,

Ferdinand Fischer.

Breslau, 8. Januar. Die Elberfelder Zeitung hat mit ihren kanonistischen Studien ein eigenhümliches Unglück. Zuerst sucht sie etwas im Concil von Trident, was darin allerdings nicht zu finden war. Sie sucht nämlich darin den Beschluß der Interpreten des Concils, wonach dem Capitular-Vikar das Exkommunikations-Recht zusteht. Dieser Beschluß ist vom 14. August 1566, das Concil war aber bereits 1563 päpstlich bestätigt und beendigt. — Sodann findet die Elberfelder Kanonistin im Concil etwas nicht, was doch in die Augen springend darin enthalten ist. Sie findet nämlich darin durchaus keine Bestimmung, nach welcher außer dem Bischofe noch sonst Jemandem das Exkommunikationsrecht eingeräumt wäre. Die angeführte Stelle cap. III. sess. XXV de reformat: a nemine prorsus praeterquam ab episcopo, d. h. „von Niemand als nur von dem Bischofe“ könnte exkommuniziert werden, sei nach dem Elberfelder Commentar eine allgemein-ausschließliche. Das Concil habe hier ausdrücklich nur dem Bischofe das fragliche Recht zuerkannt, also könne nach dem Concil auch Niemand als der Bischof dies Recht ausüben, folglich u. s. w. Nun aber wird an denselben angeführten Orte in demselben Kapitel, nur einige Zeilen weiter unten, das Exkommunikationsrecht sogar allen kirchlichen Richtern beim bloßen Prozeßverfahren von dem Concil zugestanden. Es heißt: omnibus iudicibus ecclesiasticis etc., oder bezeichnet das Wort iudex im Elberfelder Wörterbuche einen Bischof? Die fragliche Stelle lautet: „quodsi executio . . . sitque erga iudicem contumacia tunc eos etiam anathematis mucrone, arbitrio suo, praeter alias poenas ferire poterit“, und bald darauf: licebit iudici hoc spirituali gladio in diligenter uti“, oder deutsch: „Wenn aber die sachliche oder persönliche Vollziehung gegen Schuldige nicht auf diese Weise geschehen kann und Widerstreitlichkeit gegen den Richter vorhanden ist, so kann dieser sie auch nebst anderen Strafen nach seinem Gutachten mit dem Schwerte des Bannfluches züchtigen . . . es soll dem Richter erlaubt sein, sich dieses geistlichen Schwerts gegen die Fehlenden zu bedienen u.“ Mithin ist die Behauptung der Elberfelder Kanonistin: „dass nach dem Concil ausschließlich nur der Bischof exkommunizieren dürfe“, durch das Concil selbst widerlegt. — Abgesehen davon, dass, wenn die höchste kirchliche Gerichtsbarkeit während der Erledigung des bischöflichen Stuhles, die oft Jahrelang dauern kann, ruhte, ein Zustand der Anarchie eintreten müsste, so sind die von der Elberfelder Kanonistin zum Beweise ihrer aufgestellten Behauptung angeführten Stellen total missverständlich, da in jenen Stellen durchaus von keinem allgemeinen Prinzip über das Exkommunikationsrecht, sondern von konkreten Fällen die Rede ist, für welche nur beschränkungsweise dem Bischofe erlaubt sein soll, die Exkommunikation zu verhängen. — Es bleibe unentschieden, ob das hier nachgewiesene Unglück der Elberfelder Zeitung mit ihren kanonistischen Studien ein freiwilliges oder unfreiwilliges sei — jedenfalls wird sich das geehrte Publikum für etwa noch fernere Interpretationen der besagten Kanonistin leicht das richtige Urtheil bilden.

Neukirch, Dom-Capitular.

* Wien, 6. Jan. Die neulich gemeldete Nachricht von einer frevelhaften Verlezung der Eisenbahn bei Grätz zeigt sich mit allen Nebenumständen als ungegründet. Wohl aber ist von Seite der Staatseisenbahn, in Folge der in der Augsburger Allgemeinen Zeitung gerügten Ueberstände in Betreff der schlechten und langsamem Expedition der Waaren, ein Commissair nach Steyermark abgeschickt worden, welcher alle Unstände befestigen soll. Die Klagen über die Güter- und Wa-

renerpedition waren so allgemein geworden, daß man einschreiten mußte. Es waren bereits hohen Orts Klagen wegen großen Zeitverlusts beim Empfang der Waaren eingereicht worden. — Freitag wird der neue kostbare Saal, „Odeon“ genannt, eröffnet werden. Die Erwartung und Neugier des Publikums ist um so mehr gespannt, als bereits unsere belletristischen Journale detaillierte Beschreibungen dieses Prachtsaals geben. Wir müssen gestehen, daß er Alles übertroffen, was wir jemals, selbst zu den Seiten des Congresses gesehen haben. Auch der weltberühmte Apolloaal schwindet gegen diesen Saal in Nichts. Er ist im Rococo-Styl gehalten, und um sich einen Begriff von seiner Größe zu machen, so möge man sich erinnern, daß das Büffet allein größer ist, als das Podium des Josephstädter Theaters. Gartenanlagen mit Escaden fehlen nicht, und Gallerien wechseln mit Terrassen ab, von wo aus man den 72 Klaftern langen Saal übersehen kann. Eine Gesellschaft von Capitalisten, welche den Erbauer unterstützte, hat dieses prachtvolle Etablissement auf Spekulation erbauen lassen; gelingt diese nicht, d. h. wird das Odeon während des Carnivals nicht wenigstens von 80,000 Gästen besucht, so ist der Bau des Riesengebäudes so gestellt, daß sämtliche Säle geschlossen, eine Gasse durchgehoben und Alles zu Zins-Etablissements hergerichtet werden kann. Vor der Hand ist die Entree auf 3 fl. C. M. festgesetzt.

N u s l a n d.

* Warschau, 5. Jan. Mit dem neuen Jahr ist die neue Gouvernements-Einrichtung ins Leben getreten, und unser großes Theater hat einen recht artigen Hoyer erhalten. — Man will wissen, daß unsere Stadt so glücklich sein werde, unsern Monarchen im Monat Mai hier zu sehen. — Die hiesigen offiziellen Zeitungen zeigen an, daß nach einem kaiserlichen Befehle vom 2. Dezbr. der Anführer der 19. Infanterie-Division, der Gen.-Lieutenant Nenneckampf, wegen vorsätzlich falschen Berichts an Se. Majestät, wegen Auszeichnung mehrerer Personen in dem Gefecht beim Dorfe Berylow, welche sich gar nicht dabei befanden, entlassen und unter Kriegsgericht zum Beispiel Anderer gestellt worden ist. — Im Jahre 1843 betrug die Bevölkerung Polens 4,700,374 Personen. Seit 1829 ist sie gestiegen um 566,740 und seit 1842 um 77,062 Köpfe. Der Religion nach sind darunter 4,175,598 Christen, 295 Muhammedaner und 524,481 Israeliten. 1829 zählten diese nur 383,102 Köpfe; sie haben sich also seitdem vermehrt um 143,349 Seelen und seit 1842 um 12,139. — Noch immer hoffen wir vergeblich auf Schnee, und man fürchtet, daß die Saaten durch den langen Frost leiden möchten, doch war er in der abgewichenen Woche sehr mäßig. — Unsere durchschnittlichen Marktpreise waren für den Korsez Weizen 23½ fl., Roggen 17½ fl., Gerste 14½ fl., Hafer 8½ fl., Erbsen 22½ fl., Kartoffeln 3¼ fl., Bohnen 40 1/15 fl. und für den Garniz Spiritus unversteuert 3 fl. 25 Gr. — Pfandbriefe gewechselt zu 99½ und 2½ %.

Posen, 27. Dezbr. Mit der unter den Bauern im Königreich Posen stattfindenden Gährung und den damit in Zusammenhang stehenden vielen Verhaftungen soll es folgende Bewandtniß haben. Noch zur Zeit der Statthalterschaft des Großfürsten Constantin, unter der damaligen Finanz-Verwaltung des Fürsten Druzki Lubzki, ist von dem letztern ein Plan zur Ablösung der bürgerlichen Dienste und Eigentums-Verleihung an die Bauern in den sogenannten Nationalgütern entworfen worden. Nach Beendigung der Revolution von 1830 sind diese Güter meistens russischen Generalen und andern hohen Beamten vom Kaiser geschenkt, ihnen jedoch die Dienstablösung, wie sie der Fürst Lubzki projektiert hatte, zur Pflicht gemacht worden. Die russischen Inhaber dieser Güter sollen es nun aber verstanden haben die Sache so zu ihren Gunsten zu wenden, daß sie ihren Bauern zwar nominell Eigentum verliehen haben, aber unter solchen Bedingungen, daß diese ihrem gänzlichen Ruin entgegensehen müssen und theilweise zur Gewalt schreiten, um sich Gerechtigkeit zu verschaffen. An vielen Orten ward ihre völlige Entwaffnung angeordnet, so daß ihnen selbst ihre Arzte, und im Gouvernement Lublin die Handmesser, die sie am Gürtel zu tragen pflegen, abgenommen werden.

(D. A. 3.)

Bon der poln.-russ. Grenze, 21. Dezbr. Nach den neuesten uns zugegangenen Nachrichten soll die Realisierung des Ukaes vom 20. April (2. Mai) unverhofft in ein passives Verhalten übergegangen sein. Die erst neulich geschärften Befehle lauten nur für die Übersiedlung der Juden vom platten Lande, allein die Städte sind in keine Erwähnung gebracht. Der Kaiser soll nämlich dem Minister des Innern befohlen haben, so lange von der Erfüllung des Ukaes abzustehen, bis er Höchstdemselben unmittelbar genauen Bericht über die Zahl der Juden in den Städten, über ihre dortigen unbeweglichen Besitzungen, über den Bestand ihrer Mittel im Allgemeinen und Einzelnen abstatthen und vorlegen wird. Die Bedrückten glauben in diesem Allerhöchsten Befehl ein günstiges Zeichen zu sehen, nachdem ein Senatsbeschluß noch am 10ten (22.) Januar

1844 diesen Gegenstand als abgeschlossen erklärte. Auch teilte Sir Moses Montefiore seinen Brüthern in Russland mit, der Kaiser habe während seiner Unreisen in London eine dargebrachte Fürbitte geneigt aufgenommen, und empfiehlt ihnen Vertrauen auf das hochedle Herz dieses Monarchen. Ein Bescheid vom Minister des Innern auf eine an ihn noch im April von einer jüdischen Gesamtheit gerichteten Bitte ist noch nicht angelangt, während auf eine solche an den Generalgouverneur die erstaunliche Antwort zu Theil wurde: „die gewünschten Punkte werden berücksichtigt werden.“ Erfreulich und tröstend ist es zu sehen, wie die Juden in Russland edelsinnige Theilnahme an ihrem bevorstehenden Schicksale erhalten. Ohne des Generalgouverneurs Graf v. Bibikow, dessen edle Gesinnung hinlänglich bekannt sind, zu erwähnen, kann ich nicht umhin, den Vorsteher des Adels, F. v. Tonscheski, zu nennen. Dieser ehrenwürdige Greis, geschmückt mit der Liebe seiner Mitbürger und der Achtung der Regierung, nahm keinen Anstand, die Juden seines Distrikts, gegen die Anfälle seines eigenen Vorgesetzten, von dem sie in ihrem Schicksal nicht unabhängig sind, mit hohem Edelmuth zu vertreten; er detaillierte den Gegenstand mit solcher Energie und Wahrheit, überzeugte mit solchen positiven Gründen, wie das Leerwerden der Städte von Juden auch auf die christlichen Mitbürger nachtheilig wirken wird, daß er demselben das Geständniß abnöthigte: „Nach Überlegung scheine das Gesagte wirklich einzuleuchten.“ Nun sprach der edle Mann die Meinung aus, er wolle von Seiten des Adels um die Erlaubnis anhalten, Bitte und Vorstellung darüber an die hohe Regierung verabfolgen zu können. Und auf sein Ermuthigen fand sich der ganze Adel bereit — komme es darauf an — Fürsprache für die Juden bis zu den Stufen des erhabenen Thrones zu wagen. (Königsb. 3.)

F r a n k r e i c h.

** Paris, 3. Januar. Gestern fanden in der Deputirtenkammer in den 9 verschiedenen Bureau's die Wahlen der Mitglieder der Adress-Commission statt. Das Ergebniß derselben ist dem Ministerium sehr günstig, denn von den 9 Commissionsmitgliedern erwarb die Opposition nur 2: Hrn. Gauthier de Rumilly, welcher im dritten und Hrn. St. Marc Girardin, welcher im siebten Bureau gewählt wurde. Die Verhandlungen füllen heute alle Zeitungen, waren aber weniger lebhaft, als man erwartet hatte, da von den Hauptrednern der Opposition nur wenige sprachen, namentlich auch Hr. Thiers nicht an der Debatte Theil nahm. Im ersten Bureau, wo Hr. v. Peyramont, ein ministerieller Deputirter gewählt ward, fragte Hr. Abatucci den anwesenden Finanzminister Lacave Lapagne, ob es wahr sei, daß sich an der marokkanischen Grenze wiederum Truppen sammelten? Der Minister entgegnete, daß dies nicht der Fall sei. Hr. Abatucci warf dann dem Ministerium vor, daß es nur eine zweifelhafte Mehrheit in der Kammer besitze. Es sei Zeit, daß dieser Zweifel ein Ende nehme. Er tadelte die Entschädigung des Hrn. Pritchard auf Taiti und die unnütze Grossmuth, von Marokko keine Kriegsentschädigung zu begehrn. Der Finanzminister entgegnete ihm, daß man Hrn. Pritchard nur als Kaufmann entschädigt habe, und bei dem Frieden mit Marokko darauf habe sehen müssen, daß man die Macht des Kaisers in den Augen seiner Untertanen nicht ganz zerstört, damit man einen Nachbar behalte, welcher die Völker im Gehorsam halten könnte. Im zweiten Bureau brachte Hr. von Carné die Debatte auf die drei Hauptfragen der äußeren Politik: Taiti, Marokko und das Durchsuchungsrecht. In diesem Bureau war die Verhandlung interessant, weil sich der bekannte Oppositionsmann Billaut und der Minister Guizot in demselben befanden. Der letztere vertheidigte zunächst die Unternehmung von Taiti im Prinzip und sagte, daß die Kammer selbst die Errichtung einer Niederlassung in Oceanien gewünscht habe. Der Handel und die Politik hatten einen solchen Anhaltspunkt in der Südsee wünschenswert gemacht. Die Regierung habe freilich nicht zunächst an Taiti gedacht, da der Admiral Dupetit Thouars nur für die Marquesasinseln Vollmacht besessen, indem habe die Regierung das Protektorat angenommen, aber nur dieses. Hinsichtlich Pritchards hätte man die gebräuchlichen Formen beobachtet und nicht mit einer Einsperzung debattieren sollen. Was dabei geschehen und gesprochen worden, könne nicht gebilligt werden; es wäre leicht gewesen, Hrn. Pritchard in aller Form nach einem englischen Schiffe zu senden. Die Entschädigung habe Hr. Pritchard als Kaufmann erhalten. Was Marokko betrifft, so habe Frankreich keine Eroberung machen wollen und sei daher darauf bedacht gewesen, sich einen gewogenen Nachbar zu erhalten. Hinsichtlich des Durchsuchungsrechtes seien während der Reise des Königs nach Windsor lebhafte Unterhandlungen gepflogen worden und man erwarte davon einen günstigen Erfolg. Hr. Billaut fragte, ob sich das französische Ministerium nicht bei dem englischen über das Benehmen des Herrn Pritchard beklagt habe? Hr. Guizot entgegnete, daß dies allerdings

geschehen sei und auf weitere Bemerkungen hinsichtlich Marokko's, daß die Nachricht von der Zurücksendung der französischen Gefangenen so eben angekommen sei; man habe sie bei Abdel Kader und den Stämmen, welche diesen aufgenommen, auffuchen müssen. Im dritten Bureau kritisierte Herr Gauthier de Rumilly ausführlich die Thronrede, berührte wieder die bereits erwähnten Fragen und nahm besonders das herzliche Einverständnis mit England, das man doch als „glückliche Uebereinstimmung“ bezeichnete, als Stichwort. Er verlangte Thatsachen, welche diese glückliche Uebereinstimmung beweisen, namentlich die Aufhebung des Untersuchungsvertrags. In dem vierten Bureau untersuchte Hr. Dubois, ob die Politik des Kabinetts auch die der Kammer sei, fand aber mit seinen Folgerungen wenig Beifall, denn der ministerielle Kandidat Félix Real schlug ihn mit 24 gegen 16 Stimmen. Im fünften bezweifelte Hr. Garnier Page's, daß das Ministerium die Mehrheit in der Kammer habe, was wenigstens in dem Bureau nach kurzer Verhandlung durch die Wahl des ministeriellen Deputiten von Latourelle bewiesen ward. Im sechsten Bureau fragte Hr. La Rochejacquelein, ob man von Marokko keine bessere Bedingungen habe erlangen können. Der Minister der Staatsbauten, Herr Dumon, sagte, daß sich der Kaiser von Marokko in sehr bedenklicher Lage gefunden und daß Frankreich, wenn es überhaupt den Thron von Marokko erhalten wollte, keine weiteren Forderungen machen konnte. Mogador habe man nicht länger behalten, weil es Frankreich Kosten und Beschwerden gemacht haben würde. Herr Odilon Barrot rügte noch die „Baudevillephrase“, daß Frankreich reich genug sei, um seinen Ruhm selbst zu bezahlen. Im siebten Bureau hatte der Oppositions-Kandidat Hr. St. Marc Girardin fast gar keinen Gegner, daher er sich ungefähr über die gesamte auswärtige Politik von Tanger bis Canton verbreiten konnte. Im achten Bureau sprach Hr. Cordier viel über das Verhältniß mit England, worauf der Marschall Sebastiani, der auch nicht ein Wort gesprochen hatte, zum Commissionsmitglied gewählt ward. Im neunten Bureau vertheidigte der Handelsminister das Ministerium und erklärte ebenfalls, daß man wegen des Durchsuchungsrechts in neuer lebhafte Unterhandlung mit England begriffen sei. Zieht man die Abstimmung bei diesen Bureau-Wahlen zusammen, so findet sich, daß das Ministerium von 336 Stimmen: 194, die gesamte Opposition aber nur 138 erhielt, so daß das Ministerium eine Mehrheit von 56 Stimmen besitzt, die mehr als ausreichend ist, um seine Stellung zu wahren. Die ministeriellen Zeitungen haben nach diesem günstigen Ausschlag der Bureauwahlen auch wieder Muth bekommen, der ihnen bei den Vicepräsidentenwahlen etwas gesunken war. Von den Oppositions-Zeitungen sprechen einige mit affectiertem Vertrauen von den bevorstehenden Adressenverhandlungen; sie können sich indes nicht mehr darüber täuschen, daß in dieser Session nichts für die Opposition zu erlangen sein wird. Hr. Dupetit-Thouars, welcher nach einigen Mittheilungen in Versailles, so zu sagen, unter Schloß stehen sollte, ist erst gestern Abend von Brest hier eingetroffen. Der Graf und die Gräfin von Aquila sind dagegen bereits seit drei Tagen hier. Zu den Glückwünschen, welche dem Könige zum Jahreswechsel gebracht worden, ist noch ein unerwarteter gekommen, nämlich der der hier anwesenden Araberhäuptlinge. Der Khalife El Gharibi sagte zu Sr. Majestät: „da die Eroberung doch einmal stattfinden sollte, so freuen wir uns, daß die Franzosen unsere Herren geworden sind und wir einer so mächtigen und edlen Nation angehören. Wenn wir, bevor wir Frankreich sahen, uns in den Reihen seiner Armee geschlagen, was werden wir nicht erst thun, nachdem wir seine Größe erblickt und die hohe Ehre gehabt, seinen König zu begrüßen. Die von dem höchsten Throne Europa's gefallenen Worte werden sich über unsere Brüder in Algier wie ein fruchtbringender Regen verbreiten. Für uns ist dieser Tag der höchste Anspruch auf den Adel, er adelt uns für ewig, denn Gott segnet die Nachkommen derer, welche durch die Hand des erlancktesten seiner Kalifen gesegnet wurden. Möge Gott seine Tage verlängern und das Glück auf ihn und seine ganze Familie häufen.“ Der König sagte u. A.: „dass Gott die Franzosen mehr als Freunde denn als Eroberer nach Afrika gesendet, und daß er ihre Sitten und Religion bewahre, ihre Moscheen ausbessern und ihre Schulen wieder herstellen werde.“ Den Arabern wurde servirt, wobei der König selbst den einzelnen Chefs darreichte, und dann wurden dieselben den Damen des Hofes vorgestellt. Die Königin nannten sie Merabta, eine heilige Frau. Bei der Herzogin v. Orléans küßten sie dem Grafen von Paris die Hände und sagten: „Wir wollen alle für ihn sterben!“ — „Nein“ entgegnete die Herzogin, „ihr sollt alle für ihn leben.“ Die amtlichen Blätter melden heute, daß nicht der päpstliche Nuncio, welcher plötzlich krank geworden war, sondern der österreichische Botschafter, Graf v. Appony, den gestern mitgetheilten Gruß des diplomatischen Corps an den König überbrachte. Der spanische Botschafter für London, Marq. v. Casa Freijo, ist hier angekommen. Aus Madrid vernimmt man vom 28., daß das

Ministerium für die Insurgenten von Logronno und Huesca eine Amnestie erlassen hat. Hinsichtlich des Austritts des Hrn. Viluma und 16 anderer Mitglieder aus der zweiten Kammer der Cortes (eine Sache, die also nicht vermittelt worden ist) waren in der zweiten Kammer Anfragen gemacht worden. Der Gen. Narvaez entgegnete: Die Regierung müsse bedauern, was geschehen sei, könne aber nur ihren Weg verfolgen, der jede Revolution zu vermeiden suche.

Osmannisches Reich.

Aus Siebenbürgen, 29. Dez. Während an vielen Orten die Intoleranz der katholischen Priester Veranlassung zu lauten Klagen giebt, die auch bei uns nicht ausbleiben, obwohl bei uns Religionsgleichheit gesetzlich besteht, muß man der griechischen Kirche alle Gerechtigkeit widerfahren lassen, welche in unserer Nachbarschaft, in der Moldau, vor Kurzem ein Beispiel schöner Toleranz gegeben hat. In der Moldau befinden sich nehmlich ein paar Tausend evangelische Christen zerstreut, welche ohne alle Religionsübung aufgewachsen und daher auch schon merklich verwildert sind, während viele derselben zur katholischen Kirche übergetreten sind, indem in der Moldau sich gegen 70 katholische Pfarreien befinden. Für die Evangelischen in der Moldau thut keine Regierung etwas, und auch der Gustav-Adolph-Verein scheint von ihnen keine Kenntnis zu haben. Dies hat mehrere hiesige Evangelische veranlaßt, eine Sammlung zu veranstalten, um zu gewissen Zeiten einen evangelischen Geistlichen die Moldau bereisen zu lassen. Besonders hat sich der für alles Gute stets sehr thätige Gutsbesitzer v. Bardoz auf Udwarchelly dieser Sache sehr angenommen, welche jetzt leicht wird zur Ausführung kommen können, da der Fürst der Moldau auf den Vortrag des ausgezeichneten Cultus-Ministers, Alexander v. Baltsch, einem evangelischen Geistlichen einige Postpferde bewilligt hat, um viermal im Jahre in Galatz, Tokschau, Baltischau und Batuschau zu predigen, und die heiligen Handlungen zu verrichten. Ein solcher Beweis von Toleranz kann nicht genug gerühmt werden, und macht dem Fürsten, dem Minister und dem Geiste, der bei der morgenländischen Kirche herrscht, alle Ehre. Nunmehr sollte eigentlich der Gustav-Adolph-Verein einen ordinirten Geistlichen nach der Moldau senden (da auch die Engländer schon 2 Missionäre dort haben) nicht um Professiten zu machen, sondern um die zerstreuten Evangelischen zu sammeln. Hilf dir selbst, so hilft die Gott!

Afien.

Macao, 4. Juli. Der amerikanische Gesandte Cushing hat zu Wanghia mit dem Kaiserlichen Bevollmächtigten Keying einen Friedens-, Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und China abgeschlossen. Die Bedingungen desselben, sagt der Gesandte in seiner an die Amerikaner erlassenen Bekanntmachung, seien derartig, daß sie für den Handel und die Unterthanen beider Länder nur wohlthätig werden könnten.

Lokales und Provinzielles.

Nachstehendem Artikel ist durch Erkenntniß des kgl. Ober-Censurgerichts, „da derselbe nach Form und Inhalt gegen keine Bestimmung der Censur-Instruktion verstoße, und insbesondere nicht darauf abziele, Zwiespalt zwischen den vorhandenen verschiedenen Konfessionen zu säen, oder im Lande Parteien zu stiften“, unter dem 31. v. Ms. die Druckerlaubniß ertheilt worden:*

* Breslau, 19. Dez. Der Landtags-Deputierte und Stadtverordnete Hr. Fabrikant Milde hatte an katholische Bewohner Breslau's die Aufforderung ergehen lassen, sich am 15. d. M. Bejuhs Besprechung über einige, wie es scheine, durch die jüngsten kirchlich-religiösen Controversen gebotene Maßnahmen im Saale der hiesigen Stadtverordneten zu versammeln. Es waren ungefähr fünfzig Personen erschienen. Herr Milde eröffnete die Versammlung mit einer Rede, in welcher er mit einigen einleitenden Worten sein tiefes Bedauern über die kirchlichen Streitigkeiten und die Art und Weise, wie solche geführt würden, aussprach. Ihn hätten — fuhr er fort — besonders zwei Thatsachen schmerzlich berührt, der Brief des hiesigen Dom-Kapitels an den hochwürdigen Bischof Arnoldi und die Domherren Förster'sche Predigt. Ersterer, ein Musterstück der Stilistik, lasse gar nicht zweifelhaft, in welche Position der hochwürdige Clerus uns, die Laien, verweise, und lehtere fordere um so mehr Rücksichtnahme, als sie mit klaren Worten den katholischen Adel, den Bürgerstand, die katholischen Laien der unverantwortlichsten Indifferenz beschuldige und die Aufforderung zu energischen Demonstrationen enthalte. Er, der Redner, sei vorsätzlich durch diese Predigt in seinem Gewissen beunruhigt, weil sie das, was ihm nächst dem religiösen Glauben das Theuerste sei, den politischen Fortschritt, als der Kirche feindlich, darstelle. Er frage dennach die Versammlung, 1) ob sie das Schreiben des hochwürdigsten Domkapitels in seiner ganzen Ausdehnung für sich bindend erachte, und 2) ob der Förster'schen Aufforderung von heiliger Stätte herab überhaupt Folge

*) Die einleitenden, in Petit gesetzten Zeilen waren bereits in Nr. 299 der Bresl. Ztg. vom 20. Dez. v. J. abgedruckt.

gegeben werden solle. Nachdem hiermit das Feld der freien Diskussion eröffnet worden war, trat ein Elementarlehrer auf und schien die Schritte des Kapitels und des Domherrn Förster dadurch rechtfertigen zu wollen, daß er die allseitigen Angriffe gegen sie aus der gänzlichen Unkenntniß der Catechismuslehren über die Verehrung der Reliquien herleitete. Ein missfälliges Murmeln hieß ihn in der Deduktion dieses Lehrbegriffs inne halten. Hierauf nahm der Privatgelehrte, Hr. Möck, das Wort und sprach ungefähr Folgendes: Die katholische Kirche ist eine göttliche Institution, aber in der Welt und deshalb noch nicht zu einer ewigen Stabilität verurtheilt. Wie jede menschliche Einrichtung muß auch sie mit der Zeit gehen und sich nicht dem allgemeinen Bewußtsein feindlich gegenüberstellen. Das scheint aber der Clerus von heute nicht zugeben zu wollen. Wie hätte er sonstemanden, der gegen die Trierische Reliquie angekämpft, verunglimpfen und mit den strengsten Kirchen-Clausuren gegen ihn verfahren können? Clemens der Briebe habe bei der Aufhebung des Jesuitenordens ganz deutlich erklärt, daß er durch die Zeit und ihre Forderungen zu diesem Schritte veranlaßt worden sei. Warum solle man heute nicht die Zeit berücksichtigen, warum schleudre heute das Organ z. B., welches sich als Träger des reinen Katholizismus ausgebe, das Anathem in so unwürdiger Weise gegen Alle, welche mit dessen Prinzip gerade nicht übereinstimmen. Aber gesetzt auch, es gäbe viele faule Glieder an dem Körper der Kirche — sei es da nicht eines Priesters Christi würdiger, zu heilen, mit Sanftmuth zu ratzen, als dagegen zu wüthen und das Übel noch ärger zu machen? Er müsse es vor der Versammlung laut bekennen, daß es jetzt eine Unmöglichkeit sei, sich den Forderungen der Zeit nicht zu entziehen und dem sich hinzugeben, was für die Kirche gelte. (Murren von einer Seite her, Beifall von der anderen.) Der Hr. Prof. Regenbrecht nimmt das Wort. Es sei ganz ungeeignet, in einer Versammlung auf den Katholizismus zu provozieren, deren Mitglieder darüber hinaus seien und auch etwas mehr gelernt hätten. Er wolle nur vorbeigehend bemerken, daß der Passus in den Beschlüssen des Tüb. Cons., in welchem es von den Reliquien heisse, daß eine Kraft von ihnen ausströme, das Volk allerdings irre leiten könne. Doch darauf komme es hier nicht an, vielmehr darauf: nachzuweisen, in welcher Verbindung die jüngsten Schritte unseres Clerus mit den allgemeinen Bestrebungen der Clerokratie stünden. Es müsse sich bis zur Evidenz herausgestellt haben, daß man jetzt von Seiten der letzteren ganz andere Grundsätze befolge, wie noch vor kurzer Zeit. Männer, wie der hochgeehrte Sailer, würden jetzt kaum mehr für geeignet gehalten, als Oberhaupten in der Christenheit zu wirken. Wie sei es dem wegen seiner Sittlichkeit und seiner Wissenschaftlichkeit geachteten Hermes ergangen? Man mache von Rom aus eine ganz bestimmte ausgeprägte Sinnes- und Denkungsweise zur conditio sine qua non für Alle, welche zu kirchlichen Leitern vorgeschlagen würden. Es sei gar nicht zweifelhaft, wohin man hiermit ziele. Wenn auch der Clerus heute sich mit Abscheu von den weltlichen Bestrebungen abwende, so verschmähe er doch wieder nicht, wie z. B. jüngst in Belgien sich mit der radikalen Partei zu verbinden, wenn er es seinen Zwecken, das Volk zu beherrschen, für erspielslich erachte. Darum müsse von unserer Seite gegen die clerikalischen Übergriffe etwas geschehen, es müsse protestiert werden gegen die hierarchischen Gelüste und ihre Maßregeln. (Beifall,) darauf nahm wieder der bereits erwähnte Elementarlehrer das Wort. Förster — sprach er — hat Ursache gehabt, von heiliger Stätte herab gegen unsere Presse zu predigen. Letztere verfüre eine Sprache, die jedem wahrhaften Katholiken missfallen müsse. Sie genieße hieß es eine Freiheit, welche der katholischen Presse ver sagt sei. Er stelle demnach den Antrag an die Versammlung, sie möge sich zu einer Bitte an die Hochpreisliche Regierung vereinigen, daß Hochdieselbe den Katholiken dieselbe Redefreiheit erwirke, oder daß den hiesigen Zeitungen in der Weise zu sprechen verboten werde. In Folge dieses Antrags erhob sich ein lauter Unwillen in der ganzen Versammlung, der sich in allgemeine Heiterkeit auflöste, als der Redner versicherte, wie er trotz dem für Pressefreiheit sei. Nachdem nun noch im verschiedensten Sinne weiter debattiert worden war, wobei der Vorsitzende, Hr. Milde, stets beständig und geschickt ordnend verfuhr, wurde von einer Seite her bedauert, daß der Domkapitular Förster, der durch acht Jahre die Achtung der Katholiken ja selbst der Protestanten genieße, solchen hartten Angriffen ausgesetzt werden müsse. Er habe nie in solcher Weise von heiliger Stätte gesprochen, man möge es also diesmal nicht gar zu streng nehmen. Darauf entgegnete Hr. Prof. Regenbrecht, die Personen seien hier ganz aus dem Spiele zu lassen, wo es auf Sachen ankomme. Und was die letztere beträfe, so sei es gar keine Kleinigkeit, daß jetzt so gesprochen würde, nachdem man acht Jahre geschwiegen. Er stimme übrigens dafür, daß man

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zu № 8 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 10. Januar 1845.

(Fortsetzung.)

zur Sache schreite, was auch von der Versammlung gebilligt wurde. Fest nahm Hr. Milde das Wort. Er habe sich in seinem Gewissen veranlaßt gefunden, sich über diese ganze Angelegenheit dem hochwürdigsten Domkapitel gegenüber auszusprechen. Er wolle dies Schreiben vorlesen, vielleicht, daß mehrere Mitglieder in seinen Ansichten auch die ihrigen fänden. Der Vorschlag wurde angenommen. In dem Schreiben hieß es ungefähr folgendermaßen:

Wenn schon die Trierische Angelegenheit jeden Katholiken tief betrübt, so habe die Art und Weise, in welcher jenes Ereigniß von den Lehrern der Kirche behandelt worden sei, dies noch in einem weit größeren Grade gethan. In diesem schmerzlichen Gefühle wende er — der Unterzeichnete — sich mit zwei Fragen an das Hochwürdige Domkapitel; herborgerufen durch das Beileidsschreiben an den Hochwürdigsten Bischof Arnoldi und durch die Predigt des Domkapitulars Förster. Wenn in dem Schreiben die Missbilligung der Trierischen Rockverehrung eine Probe unkatholischer Gesinnung geheißen werde, so protestire er hiegegen Namens seines katholischen Glaubens so lange, bis ihm nicht vom Hochwürdigsten Kapitel die Frage beantwortet sei, seit wann und durch welche von der Kirche anerkannte Autorität die Verehrung der Reliquien als ein die Gewissen bindender Glaubensatz festgestellt und geboten worden sei. Die Predigt des Herrn Förster sodann greife seine (des Unterzeichneten) politische und soziale Stellung an. Sei das die Art und Weise, in welcher Priester die Kirche zu vertreten hätten, dann müßten die Laien entweder dagegen protestiren, oder mit ihrer Pflicht als Staatsbürger, als Mitglieder der Gemeinden, als Häupter der Familien in den ärgsten Widerspruch gerathen. Die Predigt scheine die politischen und wissenschaftlichen Bestrebungen unseres Jahrhunderts als der Kirche feindselig darstellen zu wollen. Die Lage der Kirche sei aber in Preußen eine rechtlich gesicherte. Das sei eine Thatsache, die jeder Katholik um so dankbarer anerkennen sollte, als grade darin der von Tag zu Tag wachsende Geist christlicher Liebe und Duldsamkeit zwischen den Konfessionen, die durch dasselbe Staatsband vereinigt, sich offenbare. Unter solchen Umständen könne es sich nicht um Wünsche handeln, wodurch die Eintracht gefördert werde, nicht um Wünsche, durch deren Erfüllung wieder solch ein Einfluß der Kirche auf die staatlichen Angelegenheiten herbeigeführt werde, wie solcher im Mittelalter zwar an der Zeit gewesen, heute jedoch verderblich wirken müsse. Jeder Christ dankte Gott, daß das Christenthum aus jeder Zeit der Prüfung, wo die Welt nur in der Kirche Schutz gegen die Willkür des Staats finden konnte, geläutert hervorgegangen, daß der Katholizismus, weit entfernt der Schirmvogt politischen Druckes der Völker zu sein, sich grade an die Spitze des Fortschrittes gestellt habe. Der Katholik müsse sich glücklich preisen, daß er mit seinen akatholischen Mitbrüdern für die Erhebung und Förderung eines großen Volks thätig sein könne. In diesem Geiste sei er (der Unterzeichnete) Katholik, wolle er Katholik bleiben. Bis jetzt habe er es gekonnt, ohne der Ausübung seiner Religion etwas zu vergeben. Er lebe in einem Staate, der die unschägbaren und unveräußerlichen Rechte des Volks, ohne welche selbst die Segnungen des Christenthums keine Wahrheit werden könnten, schützt und schirmt. In diesem Staate sei er berufen, als Vertreter der Commune und der Provinz zur Verwirklichung dieses Zweckes mitzuwirken. Was solle er nun von einer Predigt halten, die über diese seine Bestrebungen als der Kirche feindlich den Stab breche und sie den Leitern des Staates verdächtige? Was zu einer Predigt sagen, welche die höchsten Güter, die wir nächst unserem Glauben besitzen, in Frage stelle, ja sogar als Werke der Finsterniß, als Unkraut, welches der Feind unter den Weizen gesät, anathematisse? Damit sei die größte Beleidigung unseres Glaubens ausgesprochen und der Verdächtigung der Katholiken durch Andersglaubende Berechtigung ertheilt. Unmöglich dürfe es sich bei uns um Absichten handeln, welche Frankreichs Clerus geltend mache. Unser Clerus habe, zu seiner Ehre müsse es gesagt werden — die Apostel und Jünger dieser in Theorie und Praxis gleich verderblichen Absichten noch nicht festen Fuß fassen lassen; wir würden ihnen auch den Eintritt in unsere Gemeinden, in unsere Kirchen und Schulen, gewässnet mit dem heiligen Glauben, verwehren. Er (der Unterzeichnete) frage aber zum zweiten, ob jene Predigt des Domkapitulars Förster auf Geheis der Hochwürdigsten Leiter unserer Diözese gehalten, gehalten im Auftrage und Geiste derer, die an der Spitze der katholischen Christenheit stehen — frage, ob er nach diesen Ideen und Bestrebungen, zu denen ihn die Zeit, sein Vaterland und die Mensch-

heit verpflichtet, tru bleiben könne, ohne aufzuhören, ein Mitglied der römisch-katholischen Christenheit zu sein.

Hier nach sprach der Stadtverordneten-Protokollsführer Hr. Ludwig sich dahin aus: was ihm eigentlich in der Försterschen Predigt so sehr missfiel, sei ihre Feindseligkeit gegen die Bildung der Zeit. Die eben vorgelesene schriftliche Protestation des Hrn. Milde habe diesen Punkt scharf accentuirt. Er finde auch außerdem seine Ansichten in dem Schreiben wieder. Da man von anderer Seite nur die Aenderung einiger Ausdrücke wünschte, sonst aber damit einverstanden war, so wurde, nachdem die Mitglieder, welche gegen eine solche Protestation waren, den Saal verlassen hatten, die Aenderung dieser Ausdrücke vorgenommen. Darauf wurde eine Adhäsions-Klausel verfaßt, und ungefähr 30 Mitglieder, unter ihnen alte ergraute Bürger und sämtliche*) Katholische Stadtverordneten Breslaus schlossen sich durch Namensunterschrift der Adresse des Hrn. Milde an. Zuletzt sprach noch der Stadtverordnete Hr. Koch mit besonderer Rührung über die Eingriffe ins Familienleben, und die Versammlung ging mit dem Bewußtsein auseinander, einen unter diesen Umständen wichtigen, vielleicht sehr folgereichen Schritt gethan zu haben.

* Breslau, 9. Januar. Das Konzert, welches die Herren Döhler und Piatti gestern Abend im Saale des Königs von Ungarn veranstalteten, war von dem glänzendsten Erfolge begleitet; der Saal war gefüllt und das ausgewählte Publikum wurde durch die Leistungen beider Virtuosen fast bis zum Enthusiasmus begeistert. — Herr Piatti präsentierte sich uns als einen Meister auf dem Violoncello; sowohl in dem gezagten, gesangreichen Vortrage von Melodien als in der gerundeten Produzierung schwieriger, eine eminente technische Fertigkeit erfordernder Passagen leistete er außerordentliches. Wenn einerseits die schwermuthigen, schmelzenden Töne in der Schubertschen Litanei tief ergriessen, so erregte andererseits die Meisterschaft, mit welcher er z. B. in dem Souvenir de Lucie die Lammermoor die für einen Cello-Spieler schwierigsten Aufgaben löste, staunende Bewunderung. Man muß dieses rapide Staccato aus den höchsten bis zu den tiefsten Tonlagen, sowohl in einfachen als Doppelgriffen, man muß die Reinheit und Volltonigkeit seiner Flageolet-Töne, in welchen et grose Abschnitte mit bewunderungswürdiger Hervorhebung von Piano und Forte spielte, ohne daß auch nur ein Ton verunglückte, selbst hören, um Herrn Piatti würdig zu beurtheilen. — Auf Herrn Döhlers außerordentliche Virtuosität auf dem Pianoforte ist in dieser Zeitung mehrfach hingewiesen worden, deshalb möge vorläufig nur kurz erwähnt werden, daß er nicht minder durch sein meisterhaftes Spiel das Publikum hirtriß. Ein späterer Artikel von einem geschätzten Kunstskenner wird die Leistungen der beiden Künstler ausführlicher besprechen.

(Eingesandt.)

Der starke Nebel der letzten Tage veranlaßt mich zu der Frage: Welcher Erfolg ist statt der bisherigen Telegraphen bei solcher Witterung, welche selbst die Anwendung der Nacht-Telegraphen unnütz macht, auf Eisenbahnen der zweckmäßigste? Die Gefahr für die Passagiere ist bei so großem Nebel, welcher ein Telegraphenzeichen erkennen läßt, zu groß, als daß nicht an eine Abhilfe des Uebelstandes gedacht werden müsse.

9.

Viergutz. Die Anwendung der Treutlerschen Tag und Nacht-Telegraphen auf unserer Eisenbahn wird sich nunmehr auch auf die im Bau begriffene Strecke bis Frankfurt a. d. O. und bei deren Vereinigung mit der Berlin-Frankfurter Bahn demnächst bis zur Residenzstadt ausdehnen. Dieser Telegraph, dessen Signale mit großer Präzision und blitzschnelle die Bahnen entlang laufen, befriedigt Direktionen und Publikum gleichmäßig und gewährt neben seiner Nützlichkeit bei den Abendfahrten auch zugleich einen schönen Anblick. Der Breslau-Freiburger Bahn-Direktion und ihrem thätigen Ober-Ingenieur Cochius gebührt das Verdienst, diese Erfindung zuerst im Großen zur praktischen Anwendung gebracht zu haben.

(A. P. 3.)

Hirschberg, 6. Januar. Welche gefährliche Stellung die Forstbeamten wegen der Wilddieberei im Hochgebirge, namentlich an der Isar haben, beweiset aufs neue eine Thatsache. Bei einer Jagdpartie am 4ten Januar hinter dem Hochstein befanden sich auch Jagd-Liebhaber, dem höhern Stande angehörend, aus Hirschberg, auf dem Unstante, entfernt von einander. Plötz-

**) Ich habe nachträglich erfahren, daß von den 6 katholischen Stadtverordneten fünf unterzeichnet haben.

Der Referent.

lich sieht der eine, Militär, mehrere Raubschützen angriffweise auf sich zukommen; der Angegriffene sich durch einen Baum deckend, legt das Gewehr an, und in dem Augenblicke, als zwei schafe Schüsse gegen ihn rechts und links fallen, sieht er die Zahl der Raub-Schützen, welche ihn für einen Förster halten, sich vermehren; die Uebermacht erkennend denkt er an Rückzug; hat aber das Unglück zu fallen und die Wilddiebrote, aus acht Mann bestehend, warf sich auf ihn, und hielten wahrscheinlich sein Leben höchst gefährdet, wenn sie nicht inne wurde, daß der Angegriffene kein Förster amtier sei; in diesem Augenblicke eilten aber auch durch die Schüsse allarmirt, die Jagdgenossen herbei und die Raubschützen nahmen, indem sie das Gewehr des Angegriffenen mit sich nahmen, die Flucht. Mehrere ver selben sollen von den Förstern erkannt worden sein und Verhaftungen sind bereits erfolgt. (Vote.)

Mit Hinweisung auf Joh. 13, 30 enthält der Vote aus dem Riesengeb. folgende Anzeige: „Um 5. Dezember vorigen Jahres wurde unsere Tochter von einer benachbarten, sehr achtbaren Familie schriftlich ersucht, bei der Taufe ihres Kindes Rathenstelle zu vertreten. Sie ward jedoch von dem den Laufakt vollziehenden Priester lediglich aus dem Grunde, weil sie einem anderen, als dem katholischen Glaubensbekennisse angehörte, nicht für würdig erachtet, das Kind über die Taufe zu halten; vielmehr wurde ihr während der heiligen Handlung der Läufing abgenommen, einer katholischen Pathe überreicht und ersterer als Protestant deutlich zu verstehen gegeben, daß sie sich während der Verrichtung des Sakramentes auf die Rolle einer müßigen Zuschauerin zu beschränken habe. — Wir, die Eltern, fühlen uns durch eine solche Handlungswise gegen unsere Tochter verletzt und gekränkt. Um uns daher vor ähnlichen Zurücksetzungen sicher zu stellen, sehen wir uns veranlaßt, hiermit öffentlich zu erklären, daß wir an einer Stätte, wo die christliche Liebe — das Höchste und Vornehmste in unserer erhabenen, göttlichen Religion, ohne welche der Mensch nichts ist, als eine klingende Schelle und ein tönendes Erz, — also verleugnet wird und engherzig confessionellen Rücksichten weichen muß, fürs künftige weder selbst mehr Rathenstelle vertreten, noch auch solches unserer Tochter je werden erlauben werden. — Der Freibauer-guts-Besitzer Gottfried Friedrich und Frau zu Ober-Thiemendorf bei Lauban.“

Mannigfaltiges.

— (Durch das Königl. Ober-Gesetzgericht zum Druck gestattet.) Das in der Provinzials-Hauptstadt Münster erscheinende „Sonntagsblatt für katholische Christen“ enthielt in Nr. 27 einen Bericht über eine zu Lünen durch Anwendung einer Relique des Kanonikus Buffalo angeblich erfolgte wunderbare Heilung einer kranken Dienstmagd. Dieselbe, 26 Jahr alt, litt seit 5 Vierteljahren, aller ärztlichen Kunst zum Trotz, zufolge jenes Sonntagsblattes „an grausenhaft angeschwollenem Unterleibe, Urinsticken, Bluterbrechen, Krämpfen und Konvulsionen.“ Durch Anwendung jenes Heilmittels, welches in einer Partikel von einem Hemde des Kanonikus Buffalo bestand, wurde dieselbe, laut jinem Bericht, radikal geheilt. Das Ober-Präsidium nahm hiervon Veranlassung, amtlichen Bericht der Ortsbehörde und Gutachten des Kreisphysikus einzuziehen, und sandte beide, sobald sie ihm zugegangen, an die Redaktion des Sonntagsblattes zur Aufnahme. Der Bischof der Diözese, welcher davon Kunde erhielt, erbat sich von der Redaktion Einsicht jener beiden amtlichen Aktenstücke, und remittierte selbe nach genommener Einsicht an die Redaktion mit dem Befehle, selbe in das Sonntagsblatt nicht aufzunehmen. Da also kollidirenden heterogenen Befehl in der geistlichen und weltlichen Oberbehörde ist bis jetzt die Veröffentlichung beider Aktenstücke weder durch das Sonntagsblatt, noch sonst wo erfolgt, und so ist man in gespanntesten Erwartung der Dinge, so da kommen werden.

— (Berlin.) Am 28. Dezember entdeckte der Student, Herr D'arrest, auf der hiesigen Sternwarte einen bisher nicht verzeichneten Nebelfleck, dessen Ort 8 Uhr Abends nahe bei 25 Egnii in 294° 9' und + 36° 14' gefunden ward. Die schnell eintretende Trübung erlaubte nicht, eine Ortsveränderung mit Bestimmtheit wahrzunehmen. Seitdem ist hier kein Abend heiter gewesen. Allein in Altona und Hamburg ward auf die gleich nach der Auffindung dem Herrn Konzernrath Schuhmacher gemachte Meldung (wie es die Bestimmung über die von dem Könige von Dänemark gestiftete Medaille für die Entdeckung eines Kometen verlangen) der Nebel am 3. Januar um 8 U. 40 M. in 292° 33' und + 38° 35' beobachtet, so daß es keinem Zweifel unterliegt, daß es ein Komet ist.

— (Berlin.) Aus dem so eben ausgegebenen Bericht über die 2jährige Wirksamkeit (vom 1. Octbr.

Oberschlesische Eisenbahn.

Zum öffentlichen Verkauf der in dem weiter unten stehenden Verzeichnisse aufgeführten Gegenstände im Wege der Auktion an den Meistbietenden haben wir einen Termin auf den 13. dieses Monats, früh 9 Uhr, auf unserem hiesigen Bahnhofe anberaumt, und laden Kauflustige ein, sich an diesem Tage in dem Bureau des Herrn Bahnhofs-Inspektor Härche zu versammeln. Die zu verkaufenden Gegenstände können bis zum Auktions-Termin nach erfolgter Meldung bei dem Herrn Bahnhofs-Inspektor Härche, oder dem Herrn Maschinenmeister Schlarbaum, in Augenschein genommen werden.

Breslau, den 4. Januar 1845.

Das Direktorium.

Verzeichnis der zu verkaufenden Gegenstände.

- 1) 6 Etr. Maschinenteile von Schmiedeeisen.
- 2) $\frac{1}{2}$ Feilenbruchstücke.
- 3) 4 Drathsiebe und durchlöcherte Blechtafeln.
- 4) 3 Abschnitte von eisernen Schornsteinen und Ringen von Eckeisen.
- 5) 3 alte Blechstücke, Rohrenden und Kästen.
- 6) a) 12 Etr. große b) 16 mittle c) 17 kleine d) 95 altes Schmiedeeisen.
- 7) 76 Etr. Meißelabfälle von Eisenbahnschienen.
- 8) 30 Drehspähne von Schmiedeeisen.
- 9) 28 Guheisenbruchstücke und Abfälle.
- 10) 20 Zinkabgänge.

II. Ausgetragene Uniformstücke.

7 Mäntel, 9 Röcke, 57 Jacken, 9 Paar Tuchhosen, 99 Mützen, 183 Mützenüberzüge. Breslau, den 4. Januar 1845.

Das Direktorium.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Licitations-Bekanntmachung.

Zur Lieferung von 500 Schachtruten ries., in einzelnen Partien von 50 bis 175 Schachtruten, für die Eisenbahn zwischen Liegnitz und Breslau, steht ein Licitations-Termin Montag den 10. Februar c. Nachmittags von 3 bis 6 Uhr im technischen Bureau der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, Altüber Straße Nr. 45 hier selbst an, wozu Lieferanten mit dem Bemerkern eingeladen werden, daß die Anschläge und Licitations-Bedingungen in gedacthem Bureau und in Liegnitz beim Bahnhofs-Inspektor Herrn Hildebrand vom 20sten d. M. ab eingesehen werden können.

Breslau, den 3. Januar 1845.

Im Auftrage der Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.

M a n g e r.

Der Schlesische Verein für Vollblut-Pferde-Zucht

macht hiermit bekannt, daß in diesem Jahr der Vollblut-Hengst Degriele in der Trainer-Anstalt zu Breslau, und der Vollblut-Hengst Flambeau in Gr. Strehly zu den vorjährigen Bedingungen decken sollen:

Vollblut-Stuten im Besitz von Vereins-Mitgliedern für 6 Frd'or.
Vollblut-Stuten von denselben für 3 Frd'or.

Fremder Vollblut-Stuten für 10 Frd'or.

Halbblut-Stuten für 5 Frd'or.

Aus besonderer Rücksicht für die Herren Pferde-Züchter hat der Verein beschlossen, in diesem Jahr das Sprunggeld herabzusetzen, für diejenigen Stuten die im vergangenen Jahr von einem der beiden Vereins-Hengste gedeckt worden und güste geblieben, und zwar:

für Vereins-Mitglieder Vollblut-Stuten auf 2 Frd'or.

Halbblut-Stuten auf 1 Frd'or.

für Fremder Vollblut-Stuten auf 3 Frd'or.

Halbblut-Stuten auf 2 Frd'or.

Diese Vergünstigung kann für ein und dieselbe Stute nur einmal nach jedem Fohlen, was sie gebracht, in Anspruch genommen werden, also nie zwei Jahre hintereinander.

Die Stuten sind in Breslau bei dem unterzeichneten General-Sekretär des Vereins schriftlich zu melden, und daselbst die Erlaubnisscheine gegen Entlegung des Deckgeldes in Empfang zu nehmen. Beim Abholen der Stuten, nachdem sie abgeschlagen (die Stute wird immer den neunten Tag besprungen, bis sie den Hengst nicht mehr annimmt) werden an den Trainer Hrn. Gray die Verpflegungs- und Standgelber mit 15 Sgr. pro Tag, sowie 1 Rthl. für das Stall-Personal gegen Quittung bezahlt.

In Gr. Strehly finden dieselben Bedingungen statt und die Anmeldungen geschehen dort bei dem Gräf. Renard'schen Stallmeister Hrn. Harsat, der über die Verpflegungs-Kosten der Stuten nach seinen Instruktionen zu liquidieren hat.

Breslau, den 9. Januar 1845.

Graf Wengersky, Klosterstraße Nr. 1. a.

Bei A. Goschorsky in Breslau (Albrechtsstraße Nr. 3) ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Meine Zeit ist noch nicht hier; Eure Zeit aber ist allerwege.

Predigt am ersten Sonntage des Kirchenjahres gehalten in der Hofkirche zu Breslau am 1. Dezember 1844 von

K. M. Suckow,

Prediger und Professor.

(Aus dem Januar-Hefte des „Propheten“ besonders abgedruckt.)

Gr. 8. Gehestet. 3 Sgr.

Bei J. Urban Kern (Junkerstr. Nr. 7) ist zu haben:

Walter Scott's sämmtliche Romane.

Leipzig. Gebr. Schumann.

Die sämmtlichen Romane des größten Romandichters werden in dieser neuen Ausgabe in guten Übersetzungen und in hübscher Ausstattung zu dem außerordentlich billigen Preise von 2 Sgr. das gefestigte Bändchen geliefert. Ausgegeben sind: Kenilworth, Waverley, Nigel's Schicksale, Robin der Rothe. Jeden Monat folgen 4–6 Bdg., so daß in etwa 1½ Jahre die ganze Sammlung komplett sein wird.

Höchst wichtige Erfindung für Bäcker, Kessenhändler,

Conditoren, Kaufleute u. s. w.

Die exprobte, sehr deutliche praktische Anweisung zur Anfertigung einer in England ganz neu erfundenen, sehr weissen Kesselfeuer oder Bärme, welche im trockenen und flüssigen Zustande ohne Betrieb einer Brennerei in jedem Lokale und in jeder Quantität von Jedem selbst sehr billig gefertigt werden kann, kräftiger wie jedes andere Gährungsmittel wirkt und selbst im heissten Sommer sich Monate lang hält, ist gegen portofreie Einsendung von 3 Thalern preuß. Cour. oder 5 Fl. 15 Kr. Conv.-M. (vorbehaltlich der Geheimhaltung) bei dem Unterzeichneten zu haben und durch jede Buchhandlung nur von demselben zu beziehen.

Schulz in Berlin, Neander-Straße Nr. 34,

Apotheker, Chemiker und technischer Fabrikant.

In der Merinos-Stannenschäferei zu Groß-Herrlich nächst Troppau in k.k. österr. Schlesien beginnt am 1. Januar 1845 der Bock- und Mutterschaf-Verkauf, wovon die gesetzte Wirtschafts-Direktion mit dem Beifügen öffentliche Kunde giebt: daß zu Folge hoher Regierungs-Bewilligung der Einfuhr von Herrlicher Zucht-Schafen über Bartelsdorf nach kgl. preuß. Schlesien kein Hindernis im Wege stehe.

Groß-Herrlich, den 28. Dez. 1844.

Wirtschafts-Direktion.

Bei Heinrich Richter in Breslau, Albrechtsstr. Nr. 6, erscheint seit Anfang d. J.:

Der 11. Jahrgang

des

Breslauer Erzählers.

Allwochentlich kommen von dieser jetzt so allgemein beliebten Zeitschrift drei Nummern zum Preise von 1 Sgr. 3 Pf. heraus, die jedesmal Montags, Mittwochs und Freitags früh ausgegeben werden. Seit Neu-Jahr bringt der Breslauer Erzähler in jeder Nummer einen auch zwei der besten Pariser Holzschnitte und ist derselbe für Insertionen, die stets vom besten Erfolge gewesen, und wo für die Spaltenzeile nur 6 Pf. berechnet werden, besonders zu empfehlen.

Holz-Verkauf.

In dem Forste des der hiesigen Kämmerei gehörigen Gutes Strehly, Breslauer Anteils, bei Namslau, sollen den 20. Januar a. c. tieferne Bau- und Brennhölzer gefällt, in Loosen zu 15 bis 40 Stämmen und in Kläfern im Wege der Elicitation verkauft werden. Kauflustige werden daher hiermit eingeladen, sich an gedachten Tage früh um 9 Uhr bei dem dastigen Förster einzufinden.

Breslau, den 8. Januar 1845.

Die städtische Forst u. Ökonomie-Deputation.

Bauholz-Verkauf.

In dem Forstschutz-Bezirk Moselache, Oberförsterei Stoberau, sind nachstehende Bau- und Nutzhölzer Verkaufs-Termine nach den zur Kenntnis zu bringenden Bedingungen festgestellt, und zwar den 21. und 28. Januar und 6. Februar c.; in jedem dieser Termine kommen Eichen, Kiefern und Fichten, von lehtern auch etwas Segelholz vor; der Verkauf beginnt jedesmal von früh 9 bis Mittags 12 Uhr, die Zusammenkunft ist in der Försterei zu Moselache, wobei nur noch hauptsächlich bemerkt wird, daß nach erfolgtem Zuschlage das Meistgebot an den mitanwesenden Forststellen-Beratern sofort oder innerhalb 3 Tagen bezahlt sein muß.

Stoberau, den 6. Januar 1845.

Der königliche Oberförster.
Ludwig.

Warnungs-Anzeige.

Der Dienst knecht Johann Carl Gottlieb Klenner aus Gablau, ist wegen am 26. März 1843 zu Altliebichau, Waldenburg-Kreis, verübler vorläufiger Brandstiftung, durch die Urteil des Königl. Criminal-Senats und resp. des zweiten Senats des Königl. Ober-Landesgerichts zu Breslau vom 2. Oktober 1843, und resp. 27. Juni 1844, bestätigt durch das Allerhöchste Confirmation-Rescript d. d. Berlin, den 5. November 1844 zum Verlust des Rechts, die Preuß. National-Eocarde zu tragen, und zu lebenswürger Zuchthausstrafe, welche er in Jauer erduldet, verurtheilt worden.

Fürstenstein, den 3. Januar 1845.
Reichsgräflich von Hochberg'sches Freistandes-herrliches Gericht.

Wein-Auktion.

Am 13ten d. Ms., Vormitt. 9 Uhr, wird Ohlauer Straße im Gasthause zum Rautenkranz die Auktion von div. Weinen u. Cigarren fortgesetzt.

Breslau, den 8. Januar 1845.

Mannig, Auktions-Commissar.

Auktion.

6000 Stück Citronen, in Partien zu 100 Stück, sollen am 13ten d. Ms., Nachm. 2 Uhr, im Auktionsglaß, Breitestraße Nr. 42, versteigert werden.

Breslau, den 8. Januar 1845.

Mannig, Auktions-Commissar.

Der Bau zweier Stallgebäude für die evangelische Pfarre zu Minken, veranlagt zu 1057 Thlr., soll, hoher Verordnung zufolge, an den Mindestfordernden verdungen werden, hierzu wird ein Licitationstermin den 16. d. M., Vormittags um 11 Uhr, an Ort und Stelle abgehalten und in demselben gefordert werden, daß jeder Licitant befähigt sei, eine Kautioon von 250 Thlr. sofort zu deponiren.

Breslau, den 6. Januar 1845.

Mannig, Auktions-Commissar.

Der Bau zweier Stallgebäude für die evangelische Pfarre zu Minken, veranlagt zu 1057 Thlr., soll, hoher Verordnung zufolge, an den Mindestfordernden verdungen werden, hierzu wird ein Licitationstermin den 16. d. M., Vormittags um 11 Uhr, an Ort und Stelle abgehalten und in demselben gefordert werden, daß jeder Licitant befähigt sei, eine Kautioon von 250 Thlr. sofort zu deponiren.

Breslau, den 6. Januar 1845.

Mannig, Auktions-Commissar.

Hiermit meinen geehrten Kunden zur Nachricht, daß ich seit dem 3. Jan. Ring Nr. 57 wohne.

J. Königsberger,

Zwielier, Gold- und Silberarbeiter.

Wohnungs-Bermietung.

Schmiedebrücke Nr. 56 ist ein freundliches Quartier, bestehend aus 4 Stuben, Küche, Keller, nebst Zubehör zu vermieten und bald zu beziehen.

Das Nähere Albrechtsstraße 57 im Gewölbe.

Wohnungs-Veränderung.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß sich vom 3. Januar 1845 ab meine Conditorei Nikolaistraße Nr. 47 befindet.

C. M. Birkner.

Frische Colch. Austern

bei J. König, Junkernstr. 21.

Pferd- und Wagen-Diebstahl.

Dem Brauermeister Pitch zu Obendorf, Neumarkischen Kreises, wurde in der Nacht vom 8. bis 9. Januar 1845 ein Weisschimmel, hinter etwas blau, gegen 10 Jahr alt, Wallach, in dem Maul einen großen vorstehenden Zahn, nebst einen fast neuen grün angestrichnen Plauwagen nebst blaustreifiger Drillisch-Plaue gestohlen. Dem Ermittler wird eine Prämie von 5 Thlr. zugesagt.

Tüchtige Rentmeister und Wirthschaftsbeamte, welche zugleich der Brennerei-Verwaltung vorzustehen im Stande und mit den besten Bezeugnissen versehen sind, weiset nach das Commissions- und Agentur- Comptoir des Carl Siegism. Gabriell in Breslau, Karlsstraße Nr. 1.

Brauerei-Verpachtung.

Von 1. April d. J. ab steht meine am Ringe hier gelegene Bierbrauerei, nebst denen dazu gehörigen Ausschrot- und Schankuntersätzen, zur anderweitigen Verpachtung. Pachtlebhaber wollen sich gefälligst direkt an mich wenden.

Strehlen, den 8. Januar 1845.

G. E. Wandrey.

Es ist mir aufgetragen worden, daß hier selbst Schmiedebrücke Nr. 5 belegene Haus zu verkaufen. Die Kaufbedingungen sind in meiner Kanzlei zu erfahren und bemerke ich nur, daß der jährliche Mietzettel, welcher wegen der Lage des Hauses noch bedeutend erhöht werden kann, gegenwärtig 360 Rthl. beträgt.

Breslau, den 7. Januar 1845.

Ferd. Fischer, Justiz-Commissarius.

Ring Nr. 20.

Geschäfts-Verkauf.

Der Besitzer eines, in einer der größeren Provinzial-Städte Schlesiens gut eingerichteten Galanterie- und kurze Waaren-Geschäfts

beabsichtigt dasselbe wegen eingetretener Verhältnisse zu verkaufen. Hierauf ernstlich Rücksichtnehmende, ohne Einmischung eines Dritten, erhalten auf portofreie Anfrage bis zum 20. d. unter Adresse A. Z. Breslau, poste restante kurze Zeit darauf nähere Nachricht hierüber.

Eduard Möhlke, Ring Nr. 18.

Als Rechnungsführer und Brennerei-Verwalter ist auf einem Königl. Domainen-Amt eine sehr vortheilhafte Stelle zu besetzen durch

Held's Adressbüro in Berlin
Charlottenstraße Nr. 36.

Aromatisches Kräuter-Oel

zum Wachsthum und zur Beförderung der Haare

Preis pr. Flac., mit Gebrauchs-Anweisung 15 Sgr.

empfing wieder und empfiehlt:

Eduard Groß,

am Neumarkt Nr. 38, 1. Etage.

Cigarren-Offerte.

Wem daran gelegen ist, gute, preiswürdige und stets ein und dieselbe Sorte Cigarren, das Tausend 6 und 8 Rthl. (25 Stück 4½ und 6 Sgr.) zu rauchen, bemühe sich zu J. Morsch, Ring Nr. 51, erste Etage.

Frische Lachse,

fetten geräucherten und marinir. Lachs

Neues Etablissement.

Hiermit erlaube ich mir, einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum die ergebene Anzeige zu machen, daß ich unter heutigem Tage, unter der Firma:

A. E. Guttmann

e i n

Speditions- u. Verladungs-Geschäft

nach allen Richtungen etablirt habe. Gestützt auf langjährige Erfahrungen und im Besitz erforderlicher Mittel, kann ich die prompteste Effekturierung aller in dieses Fach schlagenden Aufträge versichern. Breslau, am 2. Januar 1845.

A. E. Guttmann,

Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 71, goldne Schwerde.

Etablissement.

Weine unterm heutigen Tage eröffnete
Specerei-Waren-, Num-, Tabak- und Cigarren-Handlung

unter der Firma:

Heinrich Müller,

Schmiedebrücke Nr. 49 im Rothkegel,
erlaube ich mir einem geehrten Publikum zur gütigen Beachtung mit der Versicherung zu empfehlen, daß ich stets bemüht sein werde, das mir zu schenkende Vertrauen durch prompte und reele Bedienung zu rechtfertigen. Breslau, den 10. Januar 1845.

Heinrich Müller,

Schmiedebrücke Nr. 49 im Rothkegel.

Die Damen-Puhs-, Wäsche- und Leinwand-Handlung von

F. Callenberg u. Beller, Ring Nr. 14, erste Etage,

empfiehlt ihr Lager von fertigen Herren- und Damen-Hemden, Damen-Negligee's, Chemise's, Halskragen, Manschetten, wüsleinene Taschenbücher, weiße reine Leinwand in geklärt und ungeklärt, weiße und bunte Futter-Gattung, gefärbte Leinwand, gestreifte Drilliche, Innen- und Rückenleinwand.

Auch übernehmen wir jede Bestellung für Anfertigung der Wäsche zu Ausstattungen, und versprechen unter Garantie der besten Warenlieferung die billigsten Preise.

Verkauf einer Maschinen-Papier-Fabrik.

Die gut eingerichtete Maschinen-Fabrik und Maschinen-Bau-Anstalt zu Luckau bei Polkwitz soll mit allen dazu gehörigen Grundstücken unter sehr annehmbaren Bedingungen aus freier Hand verkauft werden. Die Fabrik kann zu jeder Zeit in Augenschein genommen werden und wird der Besitzer an Ort und Stelle die Verkaufs-Bedingungen mittheilen. Die Einschaltung Dritter wird nicht gewünscht.

Erprobte Haar-Tintur.

Sicheres und in seiner Anwendung ganz einfaches, unschädliches Mittel, weißen, grauen, gebleichten und hochblonden Haaren in kurzer Zeit eine schöne dunkle Farbe zu geben, und das Wachsthum derselben zu befördern. Untersucht und genehmigt von den Medizinal-Behörden zu Berlin, München und Dresden.

Preis pro Flacon mit Gebrauchs-Anweisung 1 Atlr. 10 Sgr.

Bei Abnahme im größeren Flaschen ist der Preis bedeutend billiger. Proben von der vorzüglichen Wirkung dieser Tintur liegen bei Endesgenanntem bereit, woselbst sich für Breslau die einzige Niederlage befindet.

G. G. Schwarz, Ohlauer Straße Nr. 21.

Frisch geschossene starke Hasen,

gut gespickt, verkaufe ich das Stück 10 Sgr., Vorderblätter das Paar 1 Sgr.

Lorenz, Wildhändler, Fischmarkt Nr. 2, im Keller.

Etablissements-Anzeige.

Hiermit beehre ich mich die Eröffnung meiner Spezereiwaaren-, Delikatessen-, Tabak- und Weinhandlung,

Klosterstr. Nr. 16, im goldenen Zepter, ergebenst anzugeben. Indem ich dieses neue Geschäft zur gütigen Beachtung bestens empfehle, verspreche ich zugleich bei prompter und reeler Bedienung, die möglichst billigsten Preise.

Breslau, den 8. Januar 1845.

F. J. Reinhardt.

Frische Bante von Elbing sind billigst zu kaufen bei:

Theodor Kretschmer,

Carlsstraße Nr. 47.

Schafvieh-Verkauf.

Auf dem Dominio Baumgarten bei Ohlau, in der Nähe des Bahnhofes, stehen auch in diesem Jahre wiederum eine bedeutende Anzahl hochfeiner wollreicher gut gestapelten Schafböcke edelster Abkunft und circa 200 Stück eben solche Zuchtmütter zum Verkauf.

Louis von Sihler.

Auf dem Dominium Rathen, Gläger Kreis,

stehen eine Anzahl Stähre und 100 Stück Mutterstöfe zum Verkauf. Das Vieh ist gesund und von allen erblichen Fehlern frei, wofür garantiert wird.

6 — 8000

sind bald oder nächste Ostern auf städtische Grundstücke pypillarisch auszuleihen. Näheres Elisabethstraße Nr. 5, im ersten Stock.

Frische starke Hasen,

gut gespickt, das Stück 9 Sgr., empfiehlt:

Beyer, Wildhändler,

Kupferschmiedstr. Nr. 16, im Keller.

Hopfen in allen Gattungen empfiehlt die Niederlage Carlsstr. Nr. 32 in Breslau.

Karlsstraße 42

ist von Ostern ab ein Stall für 2 Pferde, mit oder ohne Wagenplatz, zu vermieten. Das Nähere dafelbst im Comptoir.

Albrechtsstraße Nr. 27, vis-à-vis der Post, ist der erste Stock, bestehend aus 5 Zimmern und Zubehör, zu Ostern zu vermieten; das Nähere Schmiedebrücke Nr. 59, in der Pariser-Handlung.

Eine gewölbte lichte Remise zu trockenen Waren ist bald zu vermieten Ring Nr. 48 bei

F. W. Barna.

Ein Gewölbe und daneben befindliche Stube, welche auch zu einem Gewölbe eingerichtet werden kann, sind zusammen über auch geheilt zu vermieten und Johanni zu beziehen. Das Nähere Nikolai-Straße Nr. 68 im grünen Löwen.

Eine Stube mit Küche nebst Zubehör ist von Ostern ab zu vermieten, kleine Scheitnigerstraße Nr. 8. Das Nähere beim Eigentümer dafelbst.

Zu vermieten.

Ohne Einmischung eines Dritten ist in dem Hause Nr. 51—52 am Markt und zwar am Haupteingange in die Stadt-Pfarrkirche zu Reiss ein, zu jeder großartigen Handungsanlage geeignetes, und aus den hierzu erforderlichen Räumen nebst Zubehör befindendes Lokal. Zu beziehen am 1. Februar 1845 und die Bedingungen erfragt man beim Eigentümer, Neisse, am 15. September 1844.

W. Reinisch.

Weidenstraße Nr. 18 ist der zweite Stock zu vermieten und Ostern zu beziehen.

Ein Gewölbe und Wohnung ist Schuhbrücke Nr. 69 zu Ostern zu beziehen; das Nähere Albrechtsstraße Nr. 55.

Herrnstraße Nr. 15 ist im zweiten Stock eine freundliche Stube nebst Alkove und Zubehör zu vermieten.

Zur Zeit des Landtages sind zwei gut meublierte Zimmer, Ritterplatz Nr. 2, im ersten Stock zu vermieten.

Eine Wohnung von 2 Stuben, 2 Alkoven und nötigen Beigefäß im ersten Stock ist nächste Ostern Gartenstr. Nr. 10 zu beziehen.

Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 65 ist zum 1. Februar ein anständig möbliertes Zimmer zu vermieten.

Eine Wohnung.

Messergasse Nr. 13 im goldenen Zirkel ist der 2. Stock zu vermieten u. Ostern zu beziehen; das Nähere beim Wirth im Comptoir.

Eine Wohnung von 3 Stuben, Alkove und kleinem Kabinett nebst allem nötigen Zubehör, mit oder ohne Stallung, ist an einen stillen Mieter am Schweidnitzer Thore, Stadtgraben Nr. 13 b par terre, links, von Ostern an zu vermieten. Nähere Auskunft Herrenstraße Nr. 16 bei A. Müller.

Bald zu vergeben

an ruhige und anständige Mieter ist als Absteigequartier oder für die Dauer des Landtages ein auf der Schweidnitzer Straße gelegene meublierte Wohnung, bestehend aus Stube und Alkove, auch Küche und Kammer. Das Nähere zu erfragen Hummeli Nr. 57, im Gewölbe.

Zu vermieten.

Nr. 35 auf der Schuhbrücke ist die zweite Etage, bestehend aus sieben Zimmern, mit Stallung für zwei Pferde, einem Wagenplatz und dem nötigen Beigefäß, zu vermieten und auf Ostern zu beziehen.

Zu Ostern zu vermieten Klosterstraße Nr. 49, Mittagsseite, im ersten Stock, eine Wohnung von 4 Piecen rc. für 75 Rthlr. p. a. Näheres par terre beim Gastwirth.

Ein geräumiges Handlungsbüro, bestehend aus einem offenen Gewölbe, Comtoir und Keller, auch Remise, ist zu vermieten:

Karls-Straße Nr. 38.

Universitäts-Sternwarte.

7. Januar 1845.	Barometer	Thermometer				Wind.	Gewölk.		
		3.	2.	inneres.	äußeres.	feuchtes niedriger.			
Morgens	6 Uhr.	28° 0, 70	+	2, 2	+	2, 4	0, 4	10° W	bewölkt
Morgens	9 Uhr.	0, 78	+	2, 6	+	2, 5	0, 6	2° W	
Mittags	12 Uhr.	1, 16	+	3, 3	+	3, 0	0, 8	11° NW	überwölkt
Nachmitt.	3 Uhr.	1, 20	+	3, 2	+	3, 0	0, 4	7° NW	
Abends	9 Uhr.	1, 40	+	3, 1	+	2, 5	0, 5	0° NW	"
Temperatur: Minimum + 2, 5 Maximum + 3, 0				Oder	0, 0				

8. Januar 1845.	Barometer	Thermometer				Wind.	Gewölk.		
		3.	2.	inneres.	äußeres.	feuchtes niedriger.			
Morgens	6 Uhr.	28° 1, 44	+	3, 0	+	1, 6	0, 4	0° W	überwölkt
Morgens	9 Uhr.	1, 64	+	3, 0	+	1, 6	0, 2	0° W	"
Mittags	12 Uhr.	1, 50	+	3, 0	+	1, 5	0, 3	0° W	"
Nachmitt.	3 Uhr.	1, 60	+	3, 0	+	2, 1	0, 8	0° SW	"
Abends	9 Uhr.	2, 06	+	3, 0	+	0, 6	0, 6	0° NW	"
Temperatur: Minimum + 0, 6 Maximum + 2, 1				Oder	0, 0				